Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, GmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 13 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 43 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Dienstag, den 27. April 1926 | 6. Jahrgang • Nr. 98

Der deutsch-russische Vertrag

Die KPD. zum deutsch-russischen Vertrag

vom Zentralkomitee wird uns geschrieben:

Die Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) erklärt zu dem am Sonnabend, dem 24. April 1926 abgeschlossenen Vertrag zwischen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Regierung Luther-Stresemann:

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat in Gemeinschaft mit der Kommunistischen Internationale die Locarno-Politik Englands, der sich die Regierung Luther-Stresemann bedingungslos unterwarf, als eine **Politik des räuberischen Imperialismus gekennzeichnet**, deren Ziel die Einkreisung der USSR. durch alle Locarnomächte, inklusive Deutschlands, war. Wir haben es kategorisch abgelehnt, in Locarno ein Instrument der Befriedung Europas zu sehen.

Die jüngste politische Entwicklung in Europa hat diese unsere Ansicht **vollständig gerechtfertigt**. Seit Locarno und als unmittelbare Folge der dort eingeleiteten imperialistischen Kriegspolitik haben sich die **imperialistischen Gegensätze im Weltmaßstabe und besonders in Europa so verschärft, daß Genf**, welches die Politik von Locarno durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vollenden sollte, im Gegenteil **zu einer schweren Niederlage Locarnos und des Völkerbundes wurde**. Genf und die Entwicklung nach Genf haben, daß Locarno nicht, wie die Staatsmänner des Imperialismus und die Führer der 2. Internationale in ihrer heuchlerischen „sozialistischen" Propaganda den Massen weis zu machen versuchen, eine Politik der Befriedung der Welt und Europas bedeutet, sondern das gerade Gegenteil, nämlich die Politik der Vorbereitung neuer Kriege durch imperialistische Allianzen und Gruppierungen. Mit Locarno begannen der **deutsch-italienische Konkurrenzkampf** um Kolonien, die brutalen **Vorstöße des italienischen Imperialismus** in Nordafrika, die scharfe Zuspitzung des **deutsch-polnischen Gegensatzes**, hinter dem sich nichts weiter verbirgt, als der **erneute Kampf** zwischen **Deutschland und Frankreich**, die Erneuerung des polnisch-französischen Bündnisses gegen die USSR., die **neuen Vorstöße des englischen Imperialismus in China**.

Genf war nicht nur eine vorläufige Niederlage der Einkreisungspolitik des englischen Imperialismus gegen die USSR., sondern auch eine **Niederlage des Versuches der deutschen Bourgeoisie und ihrer Regierung, die Fesseln von Versailles durch eine dauernde Unterwerfung unter die Politik des englischen Imperialismus zu brechen**. Die deutsche Bourgeoisie war in Genf nicht mehr als ein Spielball in den Händen Chamberlains. Nichts ist mehr charakteristischer, als die Politik Englands im Rahmen der deutsch-polnischen Beziehungen. Vor Locarno glaubte die deutsche Bourgeoisie einen Teil ihrer imperialistischen Hoffnungen durch die Bestrebungen Englands erfüllt. In Genf wurde Polen durch England als Sturmbock gegen Deutschland zu dessen vollständiger Unterwerfung in den Block gegen die Sowjetunion verwendet. Es ist im wahren Sinne des Wortes eine **völlige Katastrophe der deutschen Außenpolitik**. Alle dies hat das Mißtrauen der werktätigen Massen gegen die Völkerbunds- und Locarno-Politik der Regierung Luther-Stresemann außerordentlich verschärft und die Sympathien für die ehrlichen Friedenspolitik der USSR. außerordentlich gesteigert.

Die USSR., die im Kampfe nicht nur der russischen, sondern der internationalen Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Krieg kämpfen ist, **führt vom ersten Tage ihres Bestehens einen konsequenten Kampf für die Verhinderung neuer Kriege** und die Erhaltung des Friedens. Die Basis dieses Kampfes ist ihre Solidarität mit der internationalen Arbeiterklasse, mit den Unterdrückten und kolonialen Völkern an deren Kampf gegen den Imperialismus. Die USSR., hat Deutschland schon damals die Möglichkeit zum Frieden gereicht, als Deutschland völlig zu Boden lag und vollständig isoliert war. Die USSR. hat **niemals** die imperialistischen Friedensverträge von Versailles anerkannt, deren Gewaltcharakter sich nach wie vor das eiserne Rückgrat der englischen Politik gegen Deutschland ist.

Deshalb ist der Abschluß des Vertrages mit Deutschland für die Politik der Sozialistischen Sowjetrepubliken nichts mehr als eine konsequente Fortsetzung ihrer grundsätzlichen Friedenspolitik. Die Regierung Luther-Stresemann hingegen handelt **unter dem Druck der Niederlage ihrer eigenen Politik** in Genf und nicht aus ehrlichen Friedensmotiven.

Wir lehnen es kategorisch ab, irgendwelchen Illusionen Vorschub zu leisten, als ob die Regierung Luther-Stresemann oder irgendeine andere Regierung des kapitalistischen Deutschlands zu einem ehrlichen Partner der Friedenspolitik der USSR. werden könnte.

Die deutsche Bourgeoisie hat nach Rapallo den Kriegspakt von Genua unterschrieben. Sie wird, wenn sie es für ihre kapitalistisch-imperialistischen Ziele für notwendig hält, **auch die Neutralität gegenüber der Sowjetunion brechen.**

Der beste Beweis dafür ist die unwiderlegbare Tatsache, daß die Regierung Luther-Stresemann sich selbst während der Vertrauensverhandlungen nicht der englischen Peitsche entziehen wollte und konnte. Der § 2 des Vertrages beweist nicht nur die **Unaufrichtigkeit der sogenannten Friedenspolitik Luther-Stresemann**, sondern in geradezu demonstrativer Weise die absolute Abhängigkeit der deutschen Außenpolitik vom englischen Imperialismus.

Die deutsche Bourgeoisie erklärt nicht ihre absolute Neutralität gegenüber der Sowjetunion: sie **will und kann es nicht**, gebunden durch die Locarno-Verträge und den imperialistischen Völkerbund. Durch ihre Einschränkungen der §§ 2 und 3 des Vertrages offenbart die deutsche Bourgeoisie noch viel klarer als in Locarno, daß sie die konkrete Entscheidung der Frage ihrer Neutralität gegenüber der Sowjetunion dem Kommando der imperialistischen Locarno-Mächte überlassen wird. Das ist der wahre Sinn der unterstrichenen Solidaritätserklärung mit Locarno in der begleitenden Stresemanns zum Vertrag. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die Einschränkungen der §§ 2 und 3 die Vorbedingungen waren, unter denen Chamberlain-Stresemann den Abschluß des Vertrages gestattete. Das war der wahre Sinn der Kampagne in der internationalen bürgerlichen und sozialdemokratische Presse während der Vertragsverhandlungen. **Die Gefahr, daß Deutschland bei einem Interventionskriege des räuberischen Völkerbundes gegen die Sowjetunion zum unmittelbaren Aufmarschgebiet der imperialistischen Heere wird, ist durch die Einschränkung der §§ 2 und 3 nach wie vor vorhanden.** Deutschland wird trotz des Neutralitätsvertrages die Verpflichtungen aus dem § 16 des Völkerbundsstatuts erfüllen.

Wir sind überzeugt, daß, wenn die russischen Arbeiter und Bauern trotz dieser augenscheinlichen Gefahren diesen Vertrag durch ihre proletarische Regierung abschließen, sie dies tun im Vertrauen auf den unbeugsamen Friedenswillen und die brüderlichen Sympathien der deutschen werktätigen Massen zum einzigen proletarischen Staat der Welt, zum Lande des sozialistischen Aufbaues. Der Garant dafür, daß die deutsche Bourgeoisie diesen Vertrag im entscheidenden Moment nicht als einen Fetzen Papier behandeln wird, kann nur die revolutionäre proletarische Kampffront des deutschen mit dem russischen, der gesamten internationalen Arbeiterklasse sein.

Wir halten es für unsere Pflicht, in diesem Augenblick die Aufmerksamkeit der Arbeitermassen auf die Tatsachen zu lenken, daß die gesamte 2. Internationale und insbesondere die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, anstatt einen entschiedenen Kampf gegen jene bewußten Zweideutigkeiten der Völkerbundspolitik zu führen, (§ 16 des Völkerbundsstatuts, §§ 2 und 3 des deutsch-russischen Vertrages) die gegebenenzeit zu Ausfallstoren des imperialistischen Interventionskrieges gegen USSR. gemacht werden sollen, **Träger dieser imperialistischen Politik sind.** Die Reise Boncours nach Warschau, sein Aufruf zur Solidarität gegen die russische „Barbarei", der von England inspirierte Vorstoß Benesch's gegen den deutsch-russischen Vertrag, die Erklärungen Vandervelde's über die Verpflichtungen Deutschlands zur Durchführung der §§ 16 und 17 des Völkerbundsstatuts, die offene Ankündigung des „Vorwärts" und der Sozialdemokratischen Partei, daß diese im Falle eines Konfliktes zwischen Locarno und Rapallo, also der Politik des Imperialismus und der Politik des Friedens, sich für Locarno, also für die Politik des englischen Imperialismus, entscheiden wird, die Hetzartikel Breitscheids und Loebes sind Glieder einer Kette; die ideologische Vorbereitung eines imperialistischen Interventionskrieges unter der Flagge des Pazifismus und des Völkerbundes gegen die USSR. Diese **„konsequenten" Pazifisten** sind gegen eine **„konsequente" Neutralität** zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Sie unterstützen die Politik der deutschen Bourgeoisie, die darauf hinausläuft, im geeigneten Moment Anschluß zu finden an die imperialistische Raubpolitik gegen die Sowjetunion. **Die gegenwärtige Außenpolitik der 2. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie unterscheidet sich grundsätzlich durch nichts von jener Politik, die zum 4. August 1914 führte.** Darauf lenken wir die Aufmerksamkeit der Massen.

Die Deutschnationalen, die Todfeinde des deutschen und russischen Proletariats, die in Verbindung mit den russischen Monarchisten stehen, betrügen das deutsche Volk, wenn sie vorgeben, daß sie eine Friedenspolitik gegen die USSR. anstreben. Ihre Zustimmung zum Vertrage ist nichts anderes als ein Manöver, um einerseits den Massen vorzutäuschen, als ob sie die Politik **gegen Dawes-Locarno** und Genf betreiben wollten, obwohl sie **für diese Politik** mit verantwortlich sind und andererseits, um einen besseren Preis für ihre Verwendung als Landsknechte gegen die USSR. zu erreichen.

Mit unserer Zustimmung zum Vertrage geben wir dem Willen der werktätigen Massen Deutschlands Ausdruck, die brüderliche Friedenshand zu ergreifen, die die russischen Arbeiter und Bauern durch ihre Sowjetregierung dem deutschen Volke reichen. Wir stimmen für die ehrliche Friedenspolitik der Sozialistischen Sowjet-Republiken, die im Interesse der Werktätigen aller Länder liegt.

Und gerade deshalb rufen wir auch in diesem Augenblicke die **Massen zum Kampf gegen die Regierung Luther-Stresemann bis zum Sturze dieser Regierung.** Wir erklären laut und deutlich vor den werktätigen Massen Deutschlands, daß die Wahrung des Friedens, die Verhinderung eines neuen imperialistischen Krieges nur in ihren eigenen Händen liegt: **in der Vorbereitung und Organisierung des Kampfes zum Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft und der Aufrichtung der proletarischen Diktatur.** Für den Frieden kämpfen, heißt die **proletarische Revolution vorbereiten, seine eigene Bourgeoisie verurteilen.**

Es lebe die Kommunistische Internationale!

Es lebe die Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken!

Es lebe die revolutionäre Einheitsfront des deutschen und russischen Proletariats!

Es lebe das unabhängige, sozialistische Deutschland im freien Bündnis mit der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken!

Ein Neutralitätsvertrag mit Einschränkungen

Der Wortlaut

Der zwischen Deutschland und Rußland in Berlin abgeschlossene Vertrag hat folgenden Wortlaut:

Präambel

Die Deutsche Regierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken, von dem Wunsche geleitet, alles zu tun, was zur Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens beitragen kann, und in der Ueberzeugung, daß das Interesse des deutschen Volkes und der Völker der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken eine stetige vertrauensvolle Zusammenarbeit erfordert, sind übereingekommen, die zwischen ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen durch einen besonderen Vertrag zu bekräftigen, und haben zu diesem Zwecke zu Bevollmächtigten ernannt: Die Deutsche Regierung: den Reichsminister des Auswärtigen Herrn Dr. Gustav Stresemann, die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken: den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken Herrn Nikolai Nikolajewitsch Krestinski, die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten nachstehende Bestimmungen vereinbart haben.

Artikel 1

Die Grundlage der Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken bleibt der Vertrag von Rapallo.

Die Deutsche Regierung und die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken werden in freundschaftlicher Fühlung miteinander bleiben, um über alle ihre beiden Länder gemeinsam berührenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art eine Verständigung herbeizuführen.

Artikel 2

Sollte einer der vertragschließenden Teile

trotz friedlichen Verhaltens

von einer dritten Macht oder von mehreren dritten Mächten angegriffen werden, so wird der andere vertragschließende Teil während der ganzen Dauer des Konfliktes Neutralität beobachten.

Artikel 3

Sollte aus Anlaß eines Konfliktes der in Artikel 2 erwähnten Art oder auch zu einer Zeit, in der sich keiner der vertragschließenden Teile in kriegerischen Verwicklungen befindet, zwischen dritten Mächten eine Koalition zu dem Zwecke geschlossen werden, gegen einen der vertragschließenden Teile einen wirtschaftlichen oder finanziellen Boykott zu verhängen, so wird sich der andere vertragschließende Teil einer solchen Koalition nicht anschließen.

Artikel 4

Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt für die Dauer von fünf Jahren. Die beiden vertragschließenden Teile werden sich rechtzeitig vor Ablauf dieser Frist über die weitere Gestaltung ihrer politischen Beziehungen verständigen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 24. April 1926.

gez. Stresemann.
gez. Krestinski.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260427-14/fragment/page=0001

Einstimmige Annahme

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 27. April.**

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages nahm gestern nachmittag Stellung zu dem deutsch-russischen Vertrag. Die Vertreter sämtlicher Parteien sprachen sich für die Annahme aus.

Die Bedenken der SPD.

(Eig. Drahtm. **Berlin, 27. April.**

Die gesamte Presse beschäftigt sich heute an leitender Stelle mit dem deutsch-russischen Vertrage. Der „Vorwärts" erklärt:

„Die Sozialdemokratie hat den Vertrag gestützt unter der Voraussetzung, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erfolgt und der Locarnopakt in Kraft tritt."

Der organisatorische Rückgang der Leipziger SPD.

Die „Leipziger Volkszeitung" von gestern wendet sich in einem längeren Artikel noch einmal der Sonderkonferenz der 23 in Freital bei Dresden zu, wo, wie wir bereits mitteilten, der rechte Landtagsabgeordnete Hermann Müller ein Referat hielt über das Thema: **„Die Wahrheit über den Sachsenkonflikt".** Müller gab in dieser seiner Rede nicht nur seinen Anhängern bekannt, daß man eine **Parteispaltung im ganzen Reich vorhabe, ein eigenes Tagesorgan** herausgeben werde und bereits für eine Versammlungskampagne im Sinne der 23 Rechten **prominente sozialdemokratische Führer**, besonders aus Süddeutschland (Württemberg) für sich verpflichtet habe, er ging auch auf den **Zustand der Organisation der SPD. in Sachsen** ein.

Er teilte u. a. mit, daß die Parteiorganisation in Leipzig von 60 000 auf 20 000 Mitglieder zurückgegangen sei und die „Leipziger Volkszeitung" von 61 000 Abonnenten 20 000 Abonnenten habe.

Die „Leipziger Volkszeitung" bezeichnet diese Mitteilungen als einen Schwindel, ohne jedoch mitzuteilen, inwieweit diese Mitteilungen Müllers auf Schwindel beruhen.

Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, daß die Zahlen Müllers **übertrieben sind.** Immerhin aber muß aus diesen Angaben entnommen werden, daß der **organisatorische Rückgang der SPD. in Sachsen sehr stark** ist. Selbst, wenn die „Leipziger Volkszeitung" noch 30 000 Abonnenten besäße — also 10 000 mehr wie Müller angibt —, würde das für eine Zeitung, die eine solche Tradition hat, wie die „Leipziger Volkszeitung", **eine Katastrophe bedeuten.**

Die Unentschiedenheit der linken SPD.-Führer rächt sich auch an der Organisation dadurch, daß sehr viele SPD.-Arbeiter passiv geworden sind und der SPD. den Rücken gekehrt haben. Unsere Aufgabe muß es sein, diese Arbeiter wieder für eine ehrliche Klassenkampfpolitik, die nur im Rahmen unserer Partei möglich ist, wieder zu gewinnen.

Generalversammlung des „Vereins der Freidenker für Feuerbestattung"

Die dreitägigen Verhandlungen der Generalversammlung des VdFfF. Anfang April konzentrierten sich um folgende grundsätzliche Fragen:

1. **Schaffung eines Kulturprogramms auf marxistischer Grundlage.**
2. **Zusammenschluß des Vereins mit der „Gemeinschaft proletarischer Freidenker.**
3. **Anschluß an die Internationale proletarischer Freidenker, Sitz Wien.**

Zu den Gästen des Vereins zählte neben unserm Parteivertreter auch ein Genosse vom russischen „Bund der Atheisten", die beide Begrüßungsansprachen hielten.

Aus dem Geschäftsbericht mag erwähnt sein, daß der Verein an Mitgliedern jetzt rund 400 000 zählt. Er besitzt ein eigenes Sägewerk mit Tischlerei, außerdem eine Näherei. In diesen Betrieben sind 100 Personen beschäftigt. Das Reinvermögen des Vereins beträgt rund 1 100 000 Mark.

Ganz fehlte in dem Bericht die Angabe, inwieweit die Leitung an die Kulturaufgaben des Proletariats **wirklich** herangegangen war. In der Diskussion kam deutlich zum Ausdruck, daß **die Leitung** selber in den letzten zwei Jahren **das größte Hindernis** für die Entfaltung einer wirklich großzügigen freigeistigen Aufklärungsarbeit, eines wirklich proletarischen Kulturkampfes, gewesen ist. **Die freigeistige Arbeit wurde von ihr oftmals offen und hintenherum erschwert.** In den entscheidenden Fragen zeigte sich deutlich, daß der überwiegend sozialdemokratische Vorstand die Prinzipien der Freidenkerbewegung ängstlicher Rücksichtnahme auf die SPD.-Politik opferte. In der Zeit der Reichspräsidentenwahl **konnte er sich zu keiner klaren Absage an den Zentrumsführer Marx, der von der SPD. propagiert wurde, entschließen.** Er unterstützte die SPD., wo es nur immer möglich war, obgleich sie ein einheitliches Vorgehen mit der „Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände" in Berlin in der Frage der Jugendweihen und Elternbeiratswahlen ablehnte, obgleich in deren Zentralorgan, dem „Vorwärts", für die **religiösen Sozialisten**, ja sogar **für die Katholiken** spaltenlange Artikel abgedruckt waren, während gleichzeitig der Raum für einen freigeistigen Artikel abgelehnt wurde. Der Vorstand unterstützte diese Partei, deren Mitglied, der Ministerpräsident in Preußen, Braun, **den Katholiken in Berlin ein eigenes Gymnasium verschaffte**, das ihnen der Volksparteiler Boelitz abgelehnt hatte. Als Lohn für all dies Arbeiten gegen die freigeistige Bewegung ließ der Vorstand das Organ des Vereins, den „Freidenker", im „Vorwärts" drucken, ja er gab der Druckerei des „Vorwärts" noch dazu ein Darlehn von 75 000 Mark. Skandalös geradezu war das Schielen der Leitung auf die SPD. in den Wochen des Volksbegehrens, als unter nichtigen Gründen von ihr der Anschluß an den Kuczinski-Ausschuß abgelehnt wurde.

Die Opposition in der Generalversammlung gegen diese SPD.-Politik des Vorstandes war ziemlich stark **(38 Delegierte gegen 59 wirklich „stubenreine" Sozialdemokraten),** doch mußte sie an dem Herrschaftswillen dieser **Demokraten** scheitern, die auch die neue Leitung **vollständig** für sich beanspruchten. In dem neuen Vorstand sitzen von 11 Personen 10 Sozialdemokraten, nur einen einzigen Genossen hat man der Opposition gnädigst zugestanden. **Aus dem siebengliedrigen Aufsichtsrat wurde auch noch die einzige Kommunistin herausgewählt.**

Einstimmig angenommen wurde die schleunige Verschmelzung mit der „Gemeinschaft proletarischer Freidenker" und ebenso einstimmig der sofortige Anschluß an die Internationale proletarischer Freidenker, Sitz Wien. **Das Kulturprogramm soll erst noch im „Freidenker" zur Diskussion gestellt werden, ehe es der Vorstand endgültig annimmt.**

Die freigeistige Woche in Berlin

Anfang April fand ein von der **„Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände der deutschen Republik"** veranstalteter Kongreß statt, zu dem die angeschlossenen Organisationen (**Verein der Freidenker für Feuerbestattung, Gemeinschaft proletarischer Freidenker, Volksbund für Geistesfreiheit, Deutscher Monistenbund**) ihre Delegierten aus dem Reiche geschickt hatten. Bis vor wenigen Jahren befand sich die freigeistige Bewegung noch fast ausschließlich in den Händen des bürgerlichen Liberalismus. Erst in den letzten Jahren hat sich eine starke proletarische Freidenkerbewegung gebildet, die sich hauptsächlich im Verein der Freidenker für Feuerbestattung (VdFfF.) und in der Gemeinschaft proletarischer Freidenker (GpF.) kristallisiert. Während im VdFfF. die SPD. mit ihrer vollständig unklaren, widerspruchsvollen Taktik augenblicklich noch dominiert, zeigt sich in der GpF. ein Streben zu wirklich proletarischer Kulturarbeit. **Die andern beiden der Arbeitsgemeinschaft angeschlossenen Verbände beharren noch auf dem Boden des Liberalismus.**

Da der VdFfF. die weitaus stärkste Organisation der Arbeitsgemeinschaft ist, liegt es auf der Hand, daß auch hier die SPD. die Herrschaft in den Händen hält. So waren natürlich auch die gesamten Verhandlungen der freigeistigen Woche in ihrem Sinne vorbereitet; sämtliche Referenten waren Sozialdemokraten.

Die freigeistige Woche sollte den Beweis erbringen, ob die einzelnen angeschlossenen Verbände für eine Verschmelzung reif wären. Die Plenarverhandlungen zeigten jedoch deutlich, daß mindestens **der Monistenbund für eine Verschmelzung noch nicht zu haben war.** Die Gegensätze traten besonders kraß in der Diskussion des Referats über **„Weltliche Feiern" hervor. Der Referent,** der das Freidenkertum als aus dem Humanismus erwachsen bezeichnete, wurde von seinen Freunden aus dem Monistenbund gestützt, der Volksbund für Geistesfreiheit enthielt sich der Stellungnahme, der VdFfF. sowohl wie die GpF. **dagegen** traten ihm entschieden entgegen, **indem sie die naturwissenschaftliche Fundamentierung des Freidenkertums und seine weltanschauliche Bindung an den Marxismus betonten.**

Das vom VdFfF. vorgelegte sozialistische Kulturprogramm auf der Grundlage des Marxismus sollte als Basis für die Verschmelzung dienen. Es erwies sich, daß der VdFfF. und die GpF. für den Marxismus eintraten, die beiden andern Verbände jedoch erklären ließen, daß ihnen der Marxismus als Grundlage **„zu eng"** wäre. So war die Verschmelzung der vier Organisationen gescheitert, und **nur die beiden erstgenannten können mit Aussicht auf Einigung** weiterverhandeln. Das Ergebnis war, daß beide Vereine dahin **übereinkamen, die Verschmelzung so schnell wie möglich** durchzuführen.

Die Arbeitsgemeinschaft war nunmehr, da sie ja weiter bestehen mußte, gezwungen, sich für die nächste Zeit ein Arbeitsprogramm zu geben. Dieses enthält folgende Forderungen:

1. **Förderung des Kirchenaustritts;**
2. **Trennung von Kirche und Staat;**
3. **Verweltlichung des gesamten Erziehungs- und Bildungswesens (gegen die Stimmen des VdFfF. angenommen), Kampf gegen die konfessionelle Schule;**
4. **Abschaffung des Gotteslästerungsparagraphen;**
5. **Bekämpfung der Abtreibungsgesetze, Kampf für Geburtenregelung im Sinne von Volksgesundheit und Menschenökonomie;**
6. **Gleichstellung der freigeistigen Verbände bei der Verteilung öffentlicher Mittel an die Kirchen;**
7. **Einflußnahme auf die Arbeiter-Bildungsinstitute im Sinne dieses Programms;**
8. **Schaffung der Möglichkeit des freigeistigen Unterrichts in den Gefängnissen und Krankenhäusern.**

Ueber „Die Schule wie sie ist und wie sie sein sollte", sprach Löwenstein (Berlin). **Er trat für die Begründung immer neuer einzelner weltlicher Schulen ein, ließ sogar die alte Freidenkerforderung fallen, daß alle Lehrer an diesen Schulen aus der Kirche ausgeschieden sein müßten.** Er sagte, daß die weltlichen Schulen durchaus keine Weltanschauungsschulen im Sinne des Proletariats sein und werden könnten.

Lindemann (Gotha) trat ihm entgegen, indem er nachwies, daß die Begründung einzelner weltlicher Schulen den Weg zur Weltlichkeit des Schulwesens überhaupt versperrt und **forderte die Arbeitsgemeinschaft zum Kampf gegen das Grundübel der Zersplitterung des deutschen Schulwesens, gegen das Weimarer Schulkompromiß (Artikel 146,2 und 149) auf.**

Folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde, spricht sich nach dieser Seite hin klar aus:

„Die in der **„Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände der deutschen Republik"** zusammengeschlossenen Organisationen fordern nach wie vor die **volle Weltlichkeit** des gesamten Schul- und Erziehungswesens und damit die Ausschaltung aller darauf gerichteten kirchlichen Einflüsse. Sie sind sich jedoch klar darüber, daß in der Weimarer Verfassung eins der Haupthindernisse für die Durchführung dieser Forderung liegt. **Die Beseitigung dieses Schulkompromisses ist die notwendige Voraussetzung für die Herbeiführung der Weltlichkeit des Schulwesens. Der Kampf gegen das Weimarer Kompromiß bleibt deshalb eine der wichtigsten Aufgaben der Freidenker."**

Die einstimmige Annahme dieser Resolution dokumentiert die Prinzipienlosigkeit der sozialdemokratischen Führer im VdFfF. aufs Glänzendste, insofern dieselbe Forderung vorher (siehe unter 3 des Arbeitsprogramms) von denselben Leuten abgelehnt war.

Auch über die „Freidenkerjugend" wurde gesprochen. Aus dem Referat war zu entnehmen, daß bereits eine Organisation existiert, die zahlenmäßig allerdings noch schwach ist. Sie ist vorläufig noch ein Sammelbecken bürgerlicher Jugendlicher, die den Kampf gegen die Kirche als Selbstzweck ohne Verbindung mit dem Klassenkampf des Proletariats führen wollen.

Vor den Reichstag mit dem Gesetz für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten!

Die bürgerlichen Parteien drücken sich — Löbe leistet Vorschub

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 27. April.**

Heute tritt in Berlin der Reichstag wieder zusammen. Gegenüber den unverschämten Drohungen der Monarchisten wird die kommunistische Fraktion fordern, daß der Gesetzentwurf zur entschädigungslosen Fürstenenteignung sofort **behandelt wird.** Obwohl der sozialdemokratische **Reichstagspräsident Loebe** Gelegenheit hatte, den vom Volke begehrten Entwurf **auf die Tagesordnung des Reichstages zu setzen,** soll heute erst der Aeltestenrat, der vor dem Präsidium zusammentritt, darüber entscheiden, **wann das vom Volk begehrte Gesetz beraten wird.** Wie verlautet, soll die erste Lesung des vom Volke begehrten Gesetzes **am Mittwoch beginnen.** Falls der Aeltestenausschuß dem Willen der kommunistischen Fraktion nicht stattgibt, so wird die kommunistische Fraktion **kein parlamentarisches Mittel und außerparlamentarisches Mittel unversucht lassen, ihre Forderung durchzusetzen.**

Die Demokraten verlangen von ihrer Fraktion Ablehnung des Kompromißentwurfs

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 27. April.**

In einer Versammlung der Ortsgruppe Berlin Mitte und Stralauer Stadtviertel der Deutschen Demokratischen Partei wurde eine Entschließung angenommen, in der der **vorliegende Kompromißentwurf des Gesetzes über die Fürstenenteignung als unbrauchbar bezeichnet wird. Die demokratische Versammlung verlangt deshalb von der demokratischen Reichstagsfraktion die Ablehnung des Fürstenkompromisses, da dieser** auf die wirtschaftlichen Nöte der breiten Masse der Bevölkerung nicht Rücksicht nimmt.

*

Die Mitglieder der Demokratischen Partei machen ihre Instanzen gegen das Fürstenkompromiß mobil. **Das muß ein erneuter Ansporn für alle sozialdemokratischen Arbeiter sein, das gleiche zu tun. Sollen die sozialdemokratischen Arbeiter sich von demokratischen Kleinbürgern beschämen lassen?**

Das neue Fürstenkompromiß gibt den Fü[illegible] mehr als früher

Feststellung eines volksparteilichen Professors [illegible]

(Eig. Drahtm.) **Berlin, [illegible]**

Der der Deutschen Volkspartei nahestehende Professor [illegible] Dr. Blüher, verfaßt eine Schrift unter dem Titel „Recht [illegible] in der Frage der Fürstenabfindung", in der er die Ungeh[illegible] feststellt und ausrechnet, daß das neue Fürstenkompromiß [illegible] mehr gibt als sie vorher hatten. Die deutsche Regierung stimmt diesem Beschluß zu.

Ueberfüllte Massenversammlungen für den Sturz der Luther-Regierung

(Eig. Drahtm.) **Berlin, [illegible]**

Gestern fanden in Berlin zwei von der KPD. einberufene [illegible] **füllte Massenversammlungen** für die sofortige **Ansetzung** [illegible] **entscheids** und **für den Sturz der Regierung Luther** statt. [illegible] finden zahlreiche Massenversammlungen zu derselben [illegible] Berlin statt.

Der **„Vorwärts" findet sich** in seiner **gestrigen** Abend-[illegible] **damit ab, daß der Volksentscheid erst im Juni** stattfinden [illegible]

Ein Sozialdemokrat

fordert das Verbot des 1. Mai

In einer Verkaufsstellenversammlung des Essener Konsum[illegible] „Eintracht" wurde ein Antrag eingebracht, der vom Verka[illegible] langt, am 1. Mai die Verkaufsstellen geschlossen zu halten. [illegible] erklärte der Sozialdemokrat Rommel, Sekretär des [illegible] vereins Essen, daß die Maifeier infolge der Zersplitterung [illegible] Arbeiterschaft schon zur Lächerlichkeit herabgesunken [illegible] man nur wünschen könne, daß sich jemand [illegible] der die ganze Geschichte verbietet.

*

Die Konsumvereinsmitglieder haben alle Ursache, auf [illegible] agenten vom Schlage des Essener Herrn Rommel Obacht [illegible] Man sollte kaum glauben, daß solche Leute, die zusammen [illegible] Polizei gegen den 1. Mai auftreten wollen, in einer [illegible] organisation noch Platz haben können. Hier ist noch viel [illegible] räumungsarbeit zu leisten.

Rüstet zum 1. Mai

(Eig. Drahtm.) **Querfurt, 25. [illegible]**

Das hiesige Gewerkschaftskartell hat in seiner letzten [illegible] **einstimmig beschlossen, den 1. Mai wie alljährlich durch [illegible] ruhe zu begehen.**

(Eig. Ber.) **Halle, 26. [illegible]**

In einer Betriebsversammlung der Baufirma Schre[illegible] sich am heutigen Tage 86 **Prozent der Belegschaft für** [illegible] **beitsruhe am 1. Mai ausgesprochen.**

Faschistische Vorbereitungen zur Niederschl[illegible] der Maidemonstrationen in Bayern

Putschpläne zum 1. Mai

München. Die sozialdemokratische „Münchener Post" [illegible] licht an leitender Stelle eine Zuschrift aus Nordbayern, [illegible] die **„vaterländischen Verbände"** neuerdings gemeinsame [illegible] **übungen** und geheime Zusammenkünfte abhalten und Sch[illegible] einrichten. Die Mannschaften verfügten über **Militärgew[illegible] Waffenscheine** seien in der jüngsten Zeit ausgegeben [illegible] rechtigen den Inhaber bei Aufruf durch die **Staatspolizei** [illegible] zum Dienst mit der Waffe und zur Festnahme von Person[illegible] **Putsch** soll für den Mai in Aussicht genommen sein. [illegible] die Hitler-Leute, sondern auch andere Gruppen der [illegible] Rechten **wollen** die **Taktik vom 1. Mai 1923** mit besserem [illegible] wiederholen. Der Landesdienst des Süddeutschen Korresp[illegible] bureaus erklärt offiziös, daß der Regierung keinerlei [illegible] punkte für Putschabsichten vorliegen. Das Korrespondenz[illegible] geht aber auf die sensationellen anderen Mitteilungen der [illegible] chener Post" nicht ein.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von [illegible] preußischen Regierung angekauft

Eine interessante Eintragung im Handelsregister Berlin [illegible] vom April weist darauf hin, daß die seinerzeit von der Preu[illegible] Regierung **abgeleugnete Transaktion,** nämlich der **Ankauf** [illegible] **„Deutschen Allgemeinen Zeitung",** dennoch bestätigt wird. [illegible] da in einer Eintragung: „Preußische Druckerei- und Verlags[illegible] **Sitz Berlin.** Gegenstand des Unternehmens: Betrieb von [illegible] **und Verlagsgeschäften aller Art.** Die A.-G., die über ein [illegible] von 600 000 Rmk. verfügt, ist in der Wilhelm-Straße 30 dom[illegible] **Die Gründer sind der Preußische Staat und vier Beamte des [illegible] ministeriums."**

Nach dieser Veröffentlichung dürfte die Preußische Regierung [illegible] mehr in der Lage sein, den Ankauf weiterhin in Abrede zu [illegible] Die neue Gesellschaft soll in erster Linie dazu dienen, neben [illegible] „D. A. Z." auch eine Reihe von Kreisblättern zu übernehmen, [illegible] die die Regierung Einfluß zu nehmen beabsichtigt.

Polizeiliche Ueberwachung einer Gewerksch[illegible] versammlung

„Bayern in Deutschland voran!" Die alten Zeiten des [illegible] gesetzes feiern in der deutschen Ordnungszelle fröhliche [illegible] **Die Verfassung und das Koalitionsrecht existieren in Bayern** [illegible] **Aus Weilheim berichten die Bauarbeiter:**

„Am 25. März war eine Versammlung des Bau[illegible] **verbandes eingesetzt, um zu den Anträgen der Unterneh[illegible] Lohnabbau Stellung zu nehmen. Die Versammlung** [illegible] **besucht, auch der Gendarmerie-Wachtmeister war anwesend** [illegible] **protestierten gegen seine Anwesenheit, worauf sich der Wacht[illegible] dem Vorstand vorstellte und schriftlich nachwies, daß er** [illegible] **trage des Bezirksamts Tölz die Versammlung überwachen** [illegible] **Da wir die Versammlung nicht schließen wollten,** [illegible] **Stellung zur Lohnfrage."**

Dieser Fall, der durchaus nicht vereinzelt dasteht, [illegible] welcher offenen Brutalität die bayrische Regierung es [illegible] Verfassung gegen die Arbeiterschaft zu brechen. **Weder die** [illegible] **noch die vielen gewerkschaftlich organisierten Reichstagsab[illegible] aus den Gewerkschaftsvorständen** haben bisher gewagt, [illegible] **Verfassungsbrüche irgendwelche Aktionen zu unternehmen.** [illegible] weis, welch geringer Wertschätzung sich die Weimarer [illegible] heute in ihren eigenen Kreisen sogar erfreut. Die Verteidig[illegible] Arbeiterrechte wird nicht bewirkt werden durch die Paragr[illegible] Verfassung, sondern durch die **reale Macht der Arbeiterkla[illegible]** gilt es, für den Schutz der Arbeiterrechte einzusetzen.

Heute, Dienstag, abend 8 Uhr im „Volkspark" öffentliche Versamml[illegible]

Genosse Böttcher, Leipzig, spricht zum Sachsen-Konflikt **SPD. und KPD. Arbei[illegible] erscheint in Massen!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260427-14/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

[A]ufstieg der mitteldeutschen Gewerkschaften

[T]ätigkeitsbericht des Bezirksausschusses Sachsen-Anhalt

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1925

Vom Bezirkssekretariat des ADGB. wird berichtet:

Die freigewerkschaftlichen Organisationen im Bezirk Sachsen-Anhalt haben trotz der fortgesetzten Wirtschaftskrise einen **unverkennbaren Aufstieg** genommen. In vielen Ortsausschüssen, wo bisher die Gewerkschaftsopposition vorherrschte und allein bestimmte, ist die Bewegung gesundet. Dieser Aufstieg kann auch zahlenmäßig festgestellt werden. Ein Vergleich der durch die Statistik gewonnenen Zahlen läßt dieses klar erkennen.

	Es berichteten Ortsausschüsse	Zahl der Ortsvereine	Zahl der Mitglieder
Reg.-Bezirk Magdeburg 1924	29	320	81 892
1925	32	355	95 134 + 13 242
Reg.-Bezirk Merseburg 1924	32	225	48 141
1925	36	331	64 156 + 16 015
Freistaat Anhalt 1924	12	145	30 174
1925	14	150	32 048 + 1 874
Ende 1925 insgesamt:			191 338 + 31 131

Von den insgesamt am Schlusse des Jahres 1925 in den Ortsausschüssen des Bezirks gezählten **191 338 Mitgliedern** sind 27 716 weibliche und 12 955 jugendliche. Im Regierungsbezirk **Magdeburg** ist eine Zunahme von 13 242, im Regierungsbezirk **Merseburg** eine solche von 16 015 und im Freistaat **Anhalt** eine Zunahme von 1874 Mitgliedern zu verzeichnen; dies macht zusammen

eine Stärkung der Gewerkschaften um 31 131 Mitglieder.

Prozentual im Verhältnis zu den Einwohnerzahlen ergibt sich, daß im Regierungsbezirk Magdeburg 7,6, im Regierungsbezirk Merseburg 4,5 und im Freistaat Anhalt 9,8 Prozent der Bevölkerung freigewerkschaftlich organisiert sind. Diese Zahlen lassen erkennen, daß der Stand der Gewerkschaften im Freistaat Anhalt als der günstigste zu bezeichnen ist, dann folgt der Regierungsbezirk Magdeburg und weiter der Regierungsbezirk Merseburg. Es ist dies ein klarer Beweis dafür, daß die Bezirke Magdeburg und Anhalt weniger durch den Einfluß der Zersetzungskämpfe, die durch die Gewerkschaftsopposition herbeigeführt sind, gelitten haben. Die Differenz zwischen Anhalt und Merseburg springt ganz besonders in die Augen. Anhalt ist im Durchschnitt um 5 Prozent besser organisiert als das rote Herz Mitteldeutschlands, der Regierungsbezirk Merseburg. Dieser Bezirk bedarf daher der besonderen Heilbehandlung und Pflege für den Wiederaufbau der Gewerkschaften. Es kann nicht außer acht gelassen werden, daß diese Stärke der Gewerkschaftsorganisationen nur durch eine Zählung der Mitglieder ermittelt ist, die den 82 Ortsausschüssen im Bezirk angeschlossen sind. Ein erheblicher Teil der Gewerkschaftsmitglieder, die in den kleinsten Orten wohnen, wo Ortsausschüsse nicht bestehen, konnte von dieser Statistik nicht erfaßt werden. Trotzdem erbringen die Zahlen den Beweis für die Besserung der Verhältnisse.

Die Wirtschaftskrise

Für den Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung ungünstig beeinflußt, konnte ihn aber nicht aufhalten. Die Erwerbslosigkeit und die Zahl der Kurzarbeiter ist an den Elendszahlen, welche regelmäßig durch das Landesarbeitsamt bekanntgemacht werden, zu erkennen. Die systematische Durchführung der Betriebsstillegung seitens der Unternehmer sind als Willkürakte bekannt. Allein im kleinen Freistaat Anhalt wurden 28 Betriebsstillegungen beantragt, kamen jedoch nur 14 zur Ausführung. Ueber die Zahl der davon betroffenen Arbeiter ist nichts bekanntgeworden; es handelt sich hier um durchweg kleinere Betriebe.

Die Agitations- und Aufklärungsarbeit,

die im Berichtsjahre durch das Bezirkssekretariat erledigt wurde, ergibt folgende Zusammenstellung: Allgemeine Gewerkschaftsversammlungen wurden 37 abgehalten, die sich vornehmlich mit der Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß und dessen Ergebnis beschäftigten. Ganz besonderes Interesse wurde der Neugestaltung der Organisationsform zugewandt. Die Umwandlung der Berufsorganisationen zu Industrieverbänden stand im Vordergrund der Erörterungen; erst nach der Breslauer Tagung des Gewerkschaftskongresses trat mit dem Bekanntwerden der dort gefaßten Beschlüsse eine gewisse Beruhigung ein. Die Arbeit des Gewerkschaftskongresses wurde in allen Versammlungen, in der der Bezirkssekretär darüber berichtet hatte, allgemein anerkannt. Auch die Kreise der Arbeiter und Funktionäre, die sich zur Gewerkschaftsopposition bekennen, waren mit dem Ergebnis der Breslauer Tagung einverstanden. Weiter hat der Bezirkssekretär an 55 Ortsausschuß-Sitzungen im Bezirk teilgenommen, Konferenzen fanden 28, Verhandlungen mit Behörden 9 statt. Außer zahlreichen Sitzungen am Ort sind 17 Verhandlungen vor dem Oberversicherungsamt und sonstigen Gerichten wahrgenommen worden. Von besonderer Bedeutung war die Konferenz der Arbeitsnachweisverwalter, die im April in Halle stattfand, ferner eine gemeinsame Konferenz mit dem Bezirksausschuß Thüringen, die sich mit den gewerkschaftlichen Jugend-Organisationsfragen beschäftigte. Eine gleiche gemeinsame Konferenz für die im Bezirk tätigen Gau- und Bezirksleiter fand im Juni in Jena statt. Die wichtigste Konferenz war die am 10. und 11. Oktober in Magdeburg abgehaltene satzungsgemäße Bezirkskonferenz. Auf ihr wurde nicht nur zum Geschäftsbericht für die zurückliegende Zeit, sondern auch zu den Arbeiten des Gewerkschaftskongresses Stellung genommen. Fast einmütig wurden der Tätigkeitsbericht und die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses gutgeheißen. Der Bezirksausschuß wurde in seiner alten Zusammensetzung wiedergewählt und hat somit die Anerkennung für seine Tätigkeit gefunden.

Eine besondere **Abwehraktion** wurde vom Bundesvorstand gegen die **Einführung der Zölle und Steuern** durchgeführt. In allen Bezirken des Reiches war eine planmäßige Organisation zur Abwehr gegen diese Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft organisiert. Im Bezirk Sachsen-Anhalt fanden 35 öffentliche Versammlungen und 23 Gewerkschaftsfunktionärversammlungen statt, die sich mit diesen Gesetzesmaßnahmen beschäftigten. Davon wurden 13 Protestversammlungen gemeinsam mit der SPD. und 4 auch mit der KPD. von den einzelnen Ortsausschüssen veranstaltet. Die allgemeine Teilnahme der Arbeiterschaft an diesen Protestkundgebungen konnte nicht befriedigen, sie hätte zahlenmäßig bedeutend stärker sein müssen. Die Auswirkung war denn auch, daß die Regierung und die bürgerlichen Parteien nicht davon abhalten ließen, dem vorbereiteten Gesetzentwurf Gesetzeskraft zu verleihen. Dies ist im Interesse der Arbeiterschaft ganz besonders zu bedauern.

Für die Erledigung der Geschäfte im Bezirk war es von Vorteil, daß die **Beitragszahlung durch die Ortsausschüsse an die Bezirkskasse besser geworden ist.** Was im Jahre 1924 in dieser Richtung mangelhaft war, hat sich im Jahre 1925 vorteilhaft ausgeglichen. Viele oppositionell geleitete Ortsausschüsse, die keinen Groschen dem Bezirkssekretär zahlen wollten, wie dies aus ihren Ankündigungen und Aufrufen zu ersehen war, haben sich einer besseren Einsicht nicht verschließen können und kommen jetzt den satzungsgemäßen Beschlüssen nach.

Die **Abrechnung** für das Jahr 1925 ergibt eine Einnahme von 15 890 Mark und eine Ausgabe von 13 597 Mark, so daß ein Kassenbestand von 2289 Mark verbleibt.

Es geht vorwärts bei den Merseburger Metallarbeitern!

In der letzten Mitgliederversammlung referierte der berühmte **Reinhold Schoenlank** aus Halle über das Thema: **„Die deutschen Gewerkschaften und die russische Politik."** Er versuchte das hohe Roß des gelehrten Mannes zu besteigen und mit seinen, weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannten Geistesblitzen die oppositionellen Metallarbeiter zu erledigen. Es kam aber anders, als es sich der gute Reinhold und die kluge Ortsverwaltung, die ihn herzitierte, gedacht hatten. Herr Schoenlank lieferte nämlich ein großartiges Demagogenstückchen, das jedem ehrlichen Kollegen die Stiefel auszog. Er sprach von der russischen Revolution, die eine bürgerliche gewesen sei, und von dem unkultivierten russischen Bauer, der die Macht in Sowjet-Rußland nicht übernehmen konnte. Diese Bauern hätten aber über das Proletariat den Sieg davongetragen. Die **Kulaki** würden das Land regieren und überall die Sowjetbeamten niederschießen. Die Kleinbauern böten sich als Tagelöhner an, weil sie ihr Land nicht bearbeiten könnten. Der Kapitalismus sei in Rußland an der Macht, in ein paar Jahren wären die Sowjet-Republiken das zweite Amerika. Die russischen Diplomaten seien ganz gerissene Kunden, die im Osten den **russisch-asitatischen Block** schaffen, der im Gegensatz zum anglo-amerikanischen Block stände. Es würde dadurch ein Weltkrieg entstehen, und es sei die **Aufgabe des internationalen Gewerkschaftsbundes**, für den Weltfrieden einzutreten. Die Arbeiterklasse solle sich neutral verhalten und sich keinem Block anschließen. Man käme nur durch den Weltfrieden zum Sozialismus. Ein Glück wäre es, daß sich die Kommunisten in der Gewerkschaftsfrage umgestellt hätten, usw.

Schoenlank war bei seinen Ausführungen ziemlich ausfällig geworden. Er mußte darum manchen **Zwischenruf** einstecken. Aber das tollste Stück leistete sich der Theoretiker der hallischen Sozialdemokratie, als er vom Ekki-Brief sprach. Er verdrehte die Dinge so, als ob hier die KPD. der **Gewerkschaftsspaltung** bezichtigt würde. Am Schluß seiner Rede forderte der geniale Reinhold die Gewerkschafter nochmals auf, **sich ja nicht in ein Bündnis mit dem russischen Proletariat einzulassen, denn das bedeute Unterstützung des Kapitalismus,** das bedeute einen neuen Weltkrieg. Die Metallarbeiter sollten sich dem Internationalen Gewerkschaftsbund anvertrauen, auch wäre er, Reinhold Schoenlank, der jüngste Friedensapostel der Sozialdemokratie und deshalb auch **der Mann, der die Arbeiterklasse durch Frieden zum Sozialismus führen könne!!!!**

In der **Diskussion** zeigte ein einfacher Kollege die Widersprüche und Verdrehungen der Schoenlankschen Rede auf. Reinhold, der die Metallarbeiter mit Sie und Herr Kollege titulierte (wahrscheinlich ist das der übliche Ton in seiner neuen Umgebung), war davon unangenehm berührt. Man hielt ihm vor, daß er ausgeführt habe, daß die Proletarier Rußlands eine gründliche Revolution gemacht hätten, und daß er logischerweise dann nicht von einer bürgerlichen sprechen könne. Dann habe er frei nach dem „Volksblatt" die Lage der Kleinbauern Rußlands geschildert, während er ganz genau weiß, daß die Kleinbauern genossenschaftlich zusammengeschlossen sind und es langsam aufwärts gehe, daß die Schwierigkeiten des russischen Aufbaues aber in der Niederhaltung der proletarischen Revolution z. B. durch die SPD., seine eigene Partei, einen Hauptgrund hätten. Das kennzeichne seine Berichterstattung. Weiter habe er, **als er noch Kommunist war**, die Nep (Neue ökonomische Politik) in Rußland **gutgeheißen**, heute bezeichne er sie als „reiner Kapitalismus". Er sei doch wohl nicht der Meinung, daß die Proleten aus den Betrieben auf seine Rußlandhetze hineinfallen würden.

Kaum waren diese Worte gesprochen, als sich der harmlose **Dinter** aus dem Leunawerk gewaltig aufblies. Er warf dem Diskussionsredner vor, daß er „Vorarbeiter in Leine" gewesen wäre und seine Kollegen angetrieben hätte. Auf seine „Beweisführung" erfolgte teils eine erregte, teils eine humorvolle Auseinandersetzung, die den armen Dinter noch vollends in die Tinte tunkte. Nach diesem Zwischenfall beschäftigte sich der Diskussionsredner weiter mit den Schoenlankschen Friedensschalmeien. Er hielt dem ehemaligen „Barrikadenkämpfer" seine Vergangenheit vor und vergleicht diese mit Schoenlanks jetziger Haltung. Der **Unglaube an die Kraft der Arbeiterklasse,** der Unglaube an seine eigene Kraft habe ihn, wie so manchen seiner Kollegen vom Vorstandstisch, in die Spießerecke gebracht, in der er sich heute befindet. Die oppositionellen Metallarbeiter haben noch den Mut, mit der Kommunistischen Partei, und damit mit der gesamten Arbeiterklasse **durch Kampf** den Weg zum Sozialismus zu gehen. Jeder ehrliche Kollege lehne die Demagogie Schoenlanks entrüstet ab. Es gibt angesichts der imperialistischen Entwicklung, angesichts eines neuen Weltkrieges nur eine Losung, das ist ein **Kampfbündnis des deutschen Proletariats mit seinen russischen Arbeitsbrüdern!** Ein Abwarten, einen „neutralen" Standpunkt kann es nicht geben, denn damit unterstützt man direkt den Kapitalismus. Zum Schluß seiner Ausführungen stellte der Kollege den **Antrag**, daß zur nächsten Mitgliederversammlung der **Kollege Lüttich, Halle,** geladen werde, damit man einen objektiven Bericht über die russischen Verhältnisse bekomme.

Ein zweiter Kollege rechnet endgültig mit Schoenlanks Hetzrede ab. Er stellt die Anfrage, **warum der tüchtige Reinhold nichts von den Verrätern der deutschen Revolution gesagt habe,** wenn er überall so Bescheid wisse. Ueber Rußland habe er genug gesprochen. Dann ging der Kollege noch näher auf den heldenmütigen Befreiungskampf des chinesischen Volkes ein, dem kein aufrichtiger Arbeiter seine Solidarität versagen könne.

Im **Schlußwort** verstieg sich Schoenlank zu allerlei Dummheiten. Er rühmte sich, Führer der Arbeiterschaft zu sein. Im Handumdrehen erklärte er dann wieder, er sei immer nur einfacher Soldat gewesen, niemals ein Führer. Aber trotzdem sei er eine gewichtige Person, denn er wäre sogar einmal aus Versehen zum Professor einer Moskauer Universität ernannt worden!!! Auf die Diskussion ging er nicht ein. Er sagte nur, sie sei mager gewesen und mancher Kollege sollte lieber Bücher lesen als verkaufen. (Hi, hi!) Er glaubte noch einen Trumpf auszuspielen mit der Behauptung, daß er gute Verbindungen hätte in der deutschen kommunistischen Partei, und **daß er sich besonders mit Korsch (!) solidarisiere.** Er mußte dadurch noch manchen Zwischenruf einstecken.

Der Antrag, daß Kollege Lüttich-Halle in der nächsten Versammlung sprechen solle, fiel ins Wasser, weil er der Ortsverwaltung anheimgegeben wurde. Es stimmten nämlich 26 Kollegen für, 26 gegen den Antrag. Für Merseburger Verhältnisse ist das immerhin ein Erfolg.

Der Tagesordnungspunkt „Gewerkschaftliches" brachte dann noch eine interessante Auseinandersetzung über den 1. Mai. **Ziemlich beschämt schauten die SPD.-Kollegen drein, als man ihnen ihren „Morgenspaziergang" vorhielt. Sie hätten gern mit demonstriert unter roten Fahnen in geeinter Front, aber ihr Vorstand hatte ihnen die Hände gebunden, er hatte aus persönlicher Verbissenheit die gemeinsame Maifeier sabotiert.** Der erste Bevollmächtigte ließ sofort, als er merkte, wohin der Haase lief, seine Leute antanzen, die die „Haltung" erklären sollten. In lendenlahmen Reden wurde den Anwesenden also „klargemacht", daß man doch keine Menschen zum 1. Mai auf die Beine bringen würde. Es wäre deshalb am besten, wenn jeder Metallarbeiter die Maifeier dort macht, wo es ihm paßt!!!

Kollege **Grimm** holte nach dieser Feststellung einen Zeitungsartikel aus seiner Tasche, der ihm schon lange auf der Pfanne lag. Ein böser Arbeiterkorrespondent hatte sich erlaubt, die Zustände der **Blancke-Werke** in Merseburg zu beleuchten. Man hatte sogleich den Kollegen Kühn beim Wickel, der absolut der „Attentäter" sein sollte. Sogar der vorsichtige Kämmer-Kalle vertrat diese Meinung! Es stellte sich dann heraus, daß den Blancke-Artikel nicht der Kollege Kühn, sondern irgend jemand anders verbrochen hatte. Aller Lärm war umsonst!

Herr Schoenlank ging. — Die Merseburger Metallarbeiter hatten sich nicht einseifen lassen. — Mit vereinten Kräften wirken kommunistische und sozialdemokratische Kollegen für den Aufstieg des Verbandes.

Von den Unternehmern wurde die immer stärker auftretende Wirtschaftskrise dazu benutzt, um die Tarif- und Lohnabkommen der Gewerkschaften zu bekämpfen. Auch hier sollte ein **brutaler Abbau** zur Gesundung der Wirtschaft führen. Die vielfach einsetzenden **Abwehrkämpfe der Gewerkschaften** arteten zu Aussperrungen seitens der Unternehmer aus. Unter anderem hat die Aussperrung der Bauarbeiter sieben Wochen gedauert und dem Wirtschaftsleben schwere Wunden geschlagen. Daß dabei die so notwendigen Wohnungsbauten in der besten Bauzeit völlig liegen blieben und kaum noch bis zum Herbst für die Benutzung fertiggestellt werden konnten, blieb unberücksichtigt. Von sozialer Einsicht für die Not der Bevölkerung kann dabei nicht gesprochen werden. Hauptsache ist, es gelingt dem organisierten Unternehmertum die Wahrung ihrer eigenen kapitalistischen Interessen. Diesen Machtgelüsten der Unternehmer Einhalt zu bieten, bleibt den Gewerkschaften allein überlassen. Darum erwächst uns die Aufgabe, für die Zukunft die Schäden der Wirtschaftskrise am Organisationskörper auszugleichen und die Gewerkschaften durch gemeinsame Agitationsarbeit soweit zu stärken, daß sie den kommenden Kämpfen gewachsen sind. Das soll unsere Aufgabe für die Zukunft sein.

•

Wir kommen auf diesen Bericht noch zurück, da er vom SPD.-Standpunkte aus die Lage in dem vielerorts unter kommunistischem Einfluß stehenden Regierungsbezirk Merseburg behandelt, und — bezeichnenderweise — außer über die Bauarbeiter-Aussperrung kein Wort über Abwehraktionen und Mobilisierungen durch die Bezirksleitung enthält.

DMV. Halle fordert Mobilisierung für Reichstagsauflösung und Fürstenteignung

Gestern abend tagte im „Volkspark" eine gutbesuchte Mitgliederversammlung des DMV., auf die wir morgen ausführlicher eingehen, die u. a. folgende Entschließung faßte:

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Ortsgruppe Halle, vom 26. April 1926 erhebt den schärfsten Protest gegen die Verschleppung des Volksentscheids zur entschädigungslosen Enteignung ehemaliger deutscher Fürstenhäuser durch die Luther-Regierung.

Die aus den reaktionären Interessenvertretern des Großkapitals zusammengesetzte Regierung, welche auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik die minimalsten Forderungen der Arbeiterklasse stets schroff ablehnt, will mit Hilfe der Bourgeoisparteien, will im Reichstag gegen den Willen von 12½ Millionen Stimmen des deutschen werktätigen Volkes, die für den Volksentscheid abgegeben sind, sabotieren, ja, wie die abgegebene Erklärung der Luther-Regierung vor wenigen Tagen im Reichstag beweist, schreckt diese sogar vor einem Verfassungsbruch nicht zurück.

Gegen diese Diktaturpläne der Reaktion fordert die Versammlung vom ADGB., SPD. und KPD. unverzüglich die Einleitung gemeinsamer Schritte, um den Willen der 12½ Millionen durchzusetzen sowie die Bildung von Einheitskomitees im ganzen Reiche zur Durchsetzung des Volksentscheids. Durch das gemeinsame Vorgehen der Gewerkschaften und der genannten Parteien muß die Masse in den Gewerkschaften und Betrieben mobilisiert werden:

Für den Volksentscheid!

Für den Sturz der Luther-Regierung!

Für die Auflösung des reaktionären Reichstags.

Landarbeiter fordern 5 Pfennige Lohnerhöhung

Die Publikationsorgane der Gauleitungen des DLV. veröffentlichen eine Notiz, in der die Löhne der Landarbeiter in den einzelnen Provinzen denen der Ziegelei- und Steinarbeiter gegenübergestellt werden. Es ergibt sich daraus folgendes Zahlenbild:

Kreis, Provinz usw.	Gesamtstundenlohn der Deputatarbeiter Pf.	Stundenlohn der Ziegeleiarbeiter Pf.	Stundenlohn der Steinarbeiter Pf.
Kreis Königsberg (Provinz Ostpr.)	28,65	46	62
Freistaat Mecklenburg-Schwerin	33,56	61	85
Kreis Teltow und Niederbarnim (Provinz Brandenburg)	31,70	60	70
Kreise Hannover, Linden und Springe (Provinz Hannover)	36,15	64	104
Provinz Schleswig-Holstein	34,83	70	74
Kreise Dessau und Zerbst (Freistaat Anhalt)	32,16	62	104
Kreis Eisenach, Zone III (Freistaat Thüringen)	29,94	59	104

Es zeigt sich, daß die Löhne der Landarbeiter in einem schreienden Mißverhältnis selbst zu den keineswegs ausreichenden Löhnen der Ziegeleiarbeiter stehen. Mit Recht wird in der Notiz erklärt:

„Wenn etwas in der Landwirtschaft geschehen soll, dann muß es in erster Linie die Hochbringung der jetzt entsetzlich niedrigen Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter sein. Alle anderen Dinge treten weit hinter diese Aufgabe zurück."

Es genügt allerdings nicht zu sagen, daß etwas geschehen müsse, sondern der DLV. muß klipp und klar sagen, was er tun will, **welche Maßnahmen zur Vorbereitung des Kampfes um höhere Löhne zu treffen sind.** Das Fehlen jeglicher Initiative der DLV.-Führung in der Lohnfrage veranlaßte die am 11. April in Halle stattgefundene Funktionärkonferenz **(Kreisgruppenvorstandsmitglieder und Bezirksführer) des Saalkreises des DLV.,** von der Gauleitung zu fordern, eine Lohnerhöhung von 5 Pf. zu beantragen. In dem Bericht über die Konferenz heißt es: „In der Aussprache kam weiter der Unwille gegen das Verhalten der Arbeitgeber bei den diesbezüglichen Bezirkstarifverhandlungen in schärfster Weise zum Ausdruck. Die Delegierten sind überzeugt, daß die Arbeitgeber wohl einer Lohnerhöhung zustimmen können trotz der wirtschaftlichen Lage. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, der Gauleitung eine Forderung auf Lohnerhöhung von 5 Pf. die Stunde einzureichen."

Die Reichsbahngesellschaft will Stinnes wieder gesund machen

Die Reichsbahngesellschaft, die hunderttausende Arbeiter und Angestellte aufs Pflaster geworfen hat, oder bei unglaublich tiefen Löhnen ausbeutet, hat für die Industriehyänen Geld im Ueberfluß. Nach einer Mitteilung der Abendpresse steht die Deutsche Reichsbahngesellschaft im Begriff, von Dr. Edmund Stinnes die Reichseisenbahn-Reklamegesellschaft um einen **Betrag von 3 bis 4 Millionen Goldmark zu erwerben,** obwohl Stinnes für den Vertrag keinen Pfennig aufgewendet hat. Dabei soll der derzeitige Direktor der Deutschen Eisenbahnreklame-Gesellschaft mit ganz ungewöhnlichen Opfern übernommen werden.

Verkehrsbund-Mitglieder! Heute 8 Uhr: Quartals-Generalversammlung im Volkspark

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260427-14/fragment/page=0003
DFG

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001.
Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Ortsbureau Telephonruf 6237

Sitzung der Bezirksleitung unter Hinziehung der Unterbezirksleiter am Donnerstag, 29. April, abends pünktlich 6½ Uhr, in Halle im Saale der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Zappendorf. Mitgliederversammlung Donnerstag, 29. April, abends 8 Uhr, im Lokal Rabe. Alles hat zu erscheinen.

Nietleben. Funktionärsitzung Mittwoch, 28. April, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne". Das Erscheinen sämtlicher Funktionäre ist Pflicht. Außerdem haben die früheren Elternbeiräte mit zu erscheinen.

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Leimbach. Mitgliederversammlung Sonntag, 2. Mai, vormittags 9 Uhr, im Lokal Tittel. Alle Genossen müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Zellengruppe 3: Mittwoch, 28. April, ½8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Versammlung.

Muschwitz. Mitgliederversammlung Mittwoch, 28. April, abends 8 Uhr, im Parteilokal. Auch die „Klassenkampf"-Leser sind hierzu eingeladen.

Zeitz. Mittwoch, abends 7½ Uhr, „Schuhmacher-Herberge" Sitzung der Stadtverordneten mit den Parteifunktionären. Kreistagsmitglieder und Gemeindevertreter aus den benachbarten Ortsgruppen sind eingeladen.

Draschwitz. Mitgliederversammlung Donnerstag, 29. April, abends 7 Uhr, im Gasthof Hirsch. Referent Genosse Gutjahr, Zeitz. Alles muß erscheinen.

Kein Genosse darf die CT.- und Ufa-Lichtspiele besuchen. Führt den Boykott scharf durch!

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1473

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Dienstag: Abendwanderung fällt aus.

Donnerstag: ½8 Uhr im kleinen Saale des „Volkspark" gemeinsamer öffentlicher Gruppenabend. Es wird erwartet, daß die gesamte Mitgliedschaft sich daran beteiligt.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 4425

Weißenfels. Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus" (obere Räume) Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Klassenkampf und Rote Hilfe.

Leimbach. Sonntag, 2. Mai, vorm. 9 Uhr, Lokal Tittel, Mitgliederversammlung.

Hettstedt-Burgörner. Freitag, 30. April, abends 8 Uhr, treffen sich alle, welche den Vertrieb von Literatur für den 1. Mai mit übernehmen wollen, zu einer Zusammenkunft beim Literaturobmann.
Sonnabend, 1. Mai, vormittags 9 Uhr, Antreten aller Mitglieder im „Hohenzollernpark" zur Teilnahme an der Maidemonstration; abends 8 Uhr Teilnahme an der Maifeier im „Hohenzollernpark".
Sonntag, 2. Mai, vorm. 9 Uhr, Ortsvorstandssitzung beim Genossen Dietz. Unterkassierer und Literaturleute müssen mit erscheinen wegen der Abrechnung.

Bund der Freunde der IAH.

Landesausschuß Halle/Merseburg
Bureau: Halle, Dorotheenstr. 1 pt. Telephon 9150

Halle. Die Nähstube ist verlegt nach der Lutherschule, Schlosserstraße (Haltestelle der Linie 4). Arbeitsstunden von Montag bis Donnerstag ab 3½ Uhr nachmittags. Weitere Mitarbeiterinnen dringend erwünscht. Meldungen in der Nähstube.

Achtung Hausfrau!

Lassen Sie Ihr MAGGI-Fläschchen nur aus ← dieser Originalflasche mit MAGGI's Würze nachfüllen

Hauptkennzeichen: Name MAGGI, gelb-rote Etiketten und typische Form der Flaschen.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Kameraden, besucht den Film „Sein Mahnruf"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10 ist geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döschner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 9012.

Ortsgruppe Halle

Ortsvorstand. Heute abend anläßlich der Völicher-Versammlung kurze Besprechung.
Hornisten. Heute abend 7 Uhr am Hettstedter Bahnhof Antreten zum Ueben.
Kameraden! Rüstet zur Teilnahme am Bundestreffen in Berlin Pfingsten. Fahrpreis einschließlich Versicherung 7.50 Mark. Meldungen bis 30. April. Einzahlung des Fahrgeldes bis 15. Mai. Sparmarken sind bei allen Gruppenführern zu erhalten.
Funktionäre. Mittwoch, 28. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Sitzung. Vorher Abrechnung der Reichstreffen-Marken. Abteilungsführer rechnen Sparmarken ab.

Jungfront

Alle Kameraden beteiligen sich am Donnerstag, 29. April, restlos an der Kundgebung des KJVD. im „Volkspark" abends 8 Uhr.
Funktionäre. Mittwoch, 28. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" große Funktionärsitzung.
Bezirk 2 (Norden). Dienstag, 27. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" Funktionärsitzung.

Untergau Merseburg

Merseburg. Dienstag, 27. April, Ueben der Pfeifer, Saalestraße 3.
Merseburg. Donnerstag, 29. April, in der „Stadt Leipzig" U.-Ausschuß.

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Donnerstag, 29. April, abends 8 Uhr, Vorstandssitzung einschließlich sämtlicher Funktionäre.

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Mittwoch, 28. April, abends ½8 Uhr, Pflichtversammlung.

Untergau Weißenfels

Weißenfels. Rote Jungfront. Mittwoch, 28. April, Pflichtversammlung. Thema: Die Bedeutung des 1. Mai. Antreten 7 Uhr Rosalinweg.

Jeder Kamerad des RFB. und RJ., der die CT.- und Ufa-Kinos besucht, schließt sich laut Beschluß einer großen Funktionärsitzung aus der Organisation aus

Inserenten! Fordert Offerten über Drucksachen ein.

Chines. Nachtigallen, afrikan Glanzstaare, Senegalfinken, Sittiche, Schopfwachtel, Papageien, kl. u. gr., kleinste Äffchen, Kalt- u. Warmwasserfische, Laubfrösche usw. gibt ab 492
Adolf Schwarz, Weißenfels, Klingenplatz Nr. 8

Ia. Tafelbutter pro Pfd. 1,50 ab hier vers. in 6- und 9-Pfund-Postkollis
R. Eckart, Tilsit, Jägerstraße 14

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Alle Parteischriften empfiehlt die **Volksbuchhandlungen**
Harz 42/44 und Lerchenfeldstr. 14

Walhalla
8 Uhr. Tel. 8385
Noch 3 Tage! **Das Mädchen ohne Ehre**
Ab 1. Mai: **Der fröhliche Weinberg**
Ein heiteres Spiel von Wein u. Liebe
Sonntag, 2. Mai, nachm. 3½ Uhr Fremden-Vorstellung
Vorverk. eröffnet
Jugendl. unter 17 Jahr. kein Zutritt

Ledersohlen
Gummiabsätze billig bei 60
Wilh. Kranig
Neue Promenade 15

Einer geehrten Einwohnerschaft von **Zeitz und Umgegend** zur Kenntnis, daß ich mich im Hause **Wendischestr. 6** als
Schuhmacher
niedergelassen habe. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine Kunden gut und reell zu bedienen. Unternehmer gütigst unterstützen wollen Hochachtungsvoll
Heinz Keil, Zeitz

Nachruf:
Am 22. April 1926 wurde unser Sportgenosse
Ludwig Hammelmann
durch Unglücksfall jäh aus dem Leben gerissen. Wir verlieren in ihm aus unseren Reihen einen eifrigen Kämpfer und sichern ihm ein dauerndes Andenken.
Beerdigung Mittwoch, nachmittags 12½ Uhr, von der Kapelle des Gertraudenfriedhofes.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Bezirk Halle des ...
Ortsgruppe Halle

Bekanntmachung

Pferdeversteigerung

Am Montag, dem 3. Mai, vormittags 10 Uhr werden auf dem Hofe des städtischen Fuhrparks, Barbarastraße 1
6 bis 8 dienstunbrauchbare Pferde
gegen Bezahlung versteigert. Bedingungen usw. werden bei der Versteigerung bekanntgegeben werden
Halle a. d. S., den 23. April 1926
Der ...

Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Inserenten

Modernes **Spezialgeschäft für Augenoptik**
Diplom-Optiker **A. Rößler**
staatl. geprüft. Optikermeister
Lieferant sämtl. Krankenkassen
Weißenfels
Nicolaistraße 5
Telephon 777

Bitterfeld
Elektro-Material
Radio-Apparate u. Zubehör
billigst bei **Willi Krause**
Weinbergstr. 5

Farben gibts unendlich viele, die besten liefert **Farben-Thiele**
Wittenberg
Jüdenstr. 4

Trinkt Bitterfelder Bier!! Ueberall!

Kleiderstoffe, Baumwollwaren
Unterwäsche für Damen und Herren
Berufskleidung
Kurz- u. Wollwaren
kaufen Sie immer gut und preiswert bei
Erich Rosenhagen
Manufaktur- u. Modewaren
Bitterfeld

Jeden Donnerstag
Schlachtefest
fr. hausschlacht. Wurst
Moritz Neumann
Bitterfeld
Dessauer Str. 49

Weißenfels
Gewerkschafts Haus
Marienstr. 48 Marienstr. 48
Zentralverkehr aller freiorganisierten Arbeiter u. Angestellten
Bewirtung in eigener Regie
Bestgepflegte Getränke. Billige u. reichl. Speisen
30 Zeitungen — Kein Verzehrszwang
Versammlungs- u. Konferenzzimmer
Allen Parteigenossen als gastliche Heimstätte empfohlen

Pa. Weizen- und Roggenmehl
Futtermittel und Hülsenfrüchte
empfiehlt **Fritz Schliski**
Weißenfels
Merseburger Str. 26

Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstr. 10
Jüdenstr. 10 empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Außerdem werden Aufträge an Drucksachen und Inseraten entgegengenommen

Zigarren-Spezialgeschäft und Frisier-Salon von
Richard Kolbe
Bitterfeld
Coswiger Straße 179
hält sich bestens empfohlen

Luisen-Bad
Weißenfels
Geöffnet von 6 bis ...

Herren- und Knaben-Modenhaus von
Richard Hirschfeldt
Wittenberg
Collegienstr. 22 und Mittelstraße 38

Eigene Werkstatt für Maßarbeiten
Paul Löschel
Bitterfeld
Walhallstraße
Schuh-Reparatur-Werkstatt

Lebensmittel
gut und billig kaufen Sie nur bei
Hulda Hollstein, Weißenfels
Leipziger Straße 6 Fernruf 27

Fahrräder und Zubehörteile
empfiehlt zu billigsten Preisen
Fr. B. Weiß
Fahrradfabrik Wittenberg
Vertreter von: Möwe-, Göricke-, Gritzner- u. Mars-Fahrräder
Verkaufsstellen: Wittenberg, Markt 5, Merseburg und Zschornewitz

Prima hausschlacht. Wurstwaren
zu billigsten Tagespreisen empfiehlt
Dorndeck, Bitterfeld
Am Wasserturm Am Wasserturm

Am vorteilhaftesten kauft man
Damen-, Herren- u. Arbeiter-Bekleidung
im Möbel- und Warenhaus
J. Breminger, Wittenberg
Jüdenstraße 7 Jüdenstraße 7
Stets auf Lager: Wohn- und Kücheneinrichtungen, einzelne Möbelstücke

Große Auswahl in **Regenmänteln**
mit Bezug für Herren u. Damen
Außerdem: **Herren- u. Damenkonfektion**
in reichhaltiger Auswahl
Teilzahlung gestattet
S. Ruschewitz
Bitterfeld Hallesche Str.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260427-14/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Alle Betriebszellenobleute und Zellengruppenleiter

treffen sich heute abend 7 Uhr, also eine Stunde vor Beginn der Böttcher-Versammlung, im „Volkspark" zu einer wichtigen Besprechung.

Alle Genossen müssen unbedingt erscheinen.

BL. Halle-Merseburg, Org-Abteilung.

Achtung, Erwerbslose!

Am Mittwoch, dem 28. April, vormittags ½11 Uhr, im großen Saale des „Volkspark"

Große Erwerbslosen-Versammlung

Tagesordnung:

1. Die Erwerbslosen und der 1. Mai.
2. Bericht des Erwerbslosen-Ausschusses über Auszahlung und Stempelpflicht.

Alle Erwerbslosen müssen erscheinen.

Der Erwerbslosen-Ausschuß.

Jungarbeiter von Halle!

Der 1. Mai steht vor der Tür. Nach wie vor begeht die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft der Welt diesen Tag als ihren Weltfeiertag. An diesem Tage demonstriert das internationale Proletariat für seine Forderungen. Aus den Fabriken und Werkstätten heraus zieht die Arbeiterschaft durch die Straßen, um der Bourgeoisie ihre Kampfbereitschaft, ihren Kampfwillen zu zeigen.

Nicht immer wurde der 1. Mai so begangen. Während des Weltkrieges lagen sich die Arbeiter der verschiedenen Länder in den Schützengräben gegenüber, bekämpften sich Angehörige einer Klasse in brudermörderischen Kampf. Die Sozialimperialisten der Zweiten Internationale taten nichts, die Tradition des 1. Mai hochzuhalten, sie verrieten den 1. Mai.

In diesen Tagen war es die revolutionäre Jugend, unter der Führung unseres unvergeßlichen Karl Liebknecht, welche die rote Fahne der internationalen Kampfgemeinschaft hochhielt, welche am 1. Mai gegen den imperialistischen Krieg demonstrierte.

Nach wie vor sind die Voraussetzungen des 1. Mai gegeben. Nach wie vor bestehen Ausbeutung und Knechtschaft der werktätigen Klasse. Nach wie vor besteht die Gefahr imperialistischer Kriege. Nach wie vor versucht die Bourgeoisie, aus der Jungarbeiterschaft ihre Armeen für einen zukünftigen Krieg zu bilden. Gegen diese Gefahren muß die Jungarbeiterschaft sich zusammenschließen, sie muß aus den Erfahrungen der Kriegsjahre lernen.

Deshalb rufen wir die werktätige Jugend auf, in der am Donnerstag, dem 29. April, abends 8 Uhr, im „Volkspark" stattfindenden öffentlichen Kundgebung für die Forderungen der revolutionären Jugend, gegen die Absichten der Bourgeoisie zu demonstrieren.

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle.
Rote Jungfront, Ortsgruppe Halle

Heute, **Dienstag, den 27. April,** abends 8 Uhr, spricht im großen Saal des „Volkspark" das Mitglied des Sächsischen Landtags, Genosse

Paul Böttcher

über den

Sachsen-Konflikt

Was geht in Sachsen vor?

Der SPD.-Vorstand verheimlicht den Mitgliedern die Vorgänge innerhalb der SPD. Sachsens! Er ergreift Partei für den offenen Verrat der 23 Rechten! Die sozialdemokratischen Zeitungen schweigen!

Deshalb laden wir alle sozialdemokratischen Arbeiter, Angestellten und Beamten besonders ein. Sie können sich hier unterrichten über die Dinge, die in Sachsen vor sich gehen!

Arbeiter, erscheint in Massen! **KPD., Ortsgruppe Halle.**

Der städtische Haushaltplan für 1926

I.

In der Tatsache, daß die Gemeinden seit Jahren nicht mehr in der Lage sind, ihre Haushaltpläne, den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, vor dem Zeitpunkt festzusetzen, an dem sie in Kraft treten, kennzeichnet sich die dauernde Unsicherheit des Staatsapparats. Denn der gleiche Zustand besteht sowohl im Reiche wie auch in den Einzelstaaten. Im Reiche kam man nicht zur Etatfestsetzung, weil die Regierung von den verschiedensten Gruppen in der Wirtschaft mit Forderungen auf Herabsetzungen und Kreditzuweisungen bestürmt wurde, von deren Bewilligung die Endsummen im Etat abhängig sind. Das einzige, was von den Verpflichtungen des Reiches feststeht, sind die Leistungen an die Dawes-Kapitalisten. Die Unsicherheit in der Gestaltung des Reichsetats, den Kampf der Wirtschaft um eine höhere Profitrate widerspiegelnd, wirkt unmittelbar auf die Staatsfinanzen der Länder. Denn sie leben fast nur von den Ueberweisungen eines Teiles der Reichssteuereinnahmen. Die Realsteuern, die die Länder von selber erheben dürfen, ergeben nur einen geringen Teil des Bedarfs, und man rechnet bei der Verkleinerung der Produktion und den Rückgängen im Umsatz der Gewerbe sowie bei der schwierigen Lage der kleinen Landwirtschaft mit einem erheblichen Rückgang gegenüber den Erträgnissen der Vorjahre.

Der preußische Etat wird nicht vor Mitte Juli verabschiedet werden.

Als der letzte, den die Hunde beißen, stehen die Gemeinden da. Seit der Erzbergerschen Reichsfinanzreform sind sie völlig zu Kostgängern von Reich und Staat geworden. Soweit die Gemeinden noch besondere Steuern erheben können, handelt es sich um Zuschläge zu den Realsteuern. Wir Kommunisten haben uns ständig gegen die Erhebung solcher Sondersteuern gewendet, die in keiner Weise das Prinzip der Leistungsfähigkeit in Betracht ziehen, sondern vollkommen roh auf den Umsatz aufgebaut sind. Nach und nach erkennen auch bürgerliche Leute in den Gemeindeverwaltungen die Richtigkeit der kommunistischen Auffassung an. Sie treten für den Abbau oder wenigstens die Nichterhöhung der gewerblichen Sondersteuern ein, wenn auch zunächst nur den Forderungen der Wirtschaft auf Herabminderung der öffentlichen Lasten entsprechend, also im Interesse des Kapitalprofits. Bis zur Anerkennung des kommunistischen Prinzips, der Aufbringung jener Mittel, die für die kommunale Verwaltung notwendig sind, werden es diese Leute natürlich nicht bringen, denn ihr Prinzip ist ja die Schonung der Kapitalisten.

Neben den Realsteuerzuschlägen erheben die Gemeinden noch die Vergnügungssteuern, aus denen natürlicherweise infolge der wirtschaftlichen Notlage in den breiten Massen immer weniger Ertrag fließt. Die Getränkesteuer, womit in gleicher Weise wie die Sektsäufer auch die Konsumenten an den Selterwasserbuden getroffen werden, muß im Jahre 1927 aufhören nach den Bestimmungen des Gesetzes über den Reichsfinanzausgleich vom August 1925. Aus der Hundesteuer schöpfen die Gemeinden durch die Erhöhung der Steuersätze ganz ansehnliche Beträge, aber eine Erhöhung des Gesamtergebnisses tritt nicht ein, weil wiederum die Wirtschaftsnot die Hundeliebhaber zwingt, wegen der erhöhten Steuersätze die Tiere abzuschaffen.

Wasch' mir den Pelz, aber mach' ihn nicht naß!

Eine starke Erhöhung der Gemeindesteuereinnahmen wäre möglich gewesen durch kräftige Ausschöpfung der Wertzuwachssteuer. **Der Reichsfinanzausgleich hat den Gemeinden bekanntlich die Erhebung** dieser Steuer zur Pflicht gemacht für den Fall des Verkaufs von Grundstücken, die in der Inflationsperiode erworben wurden. Daneben besteht aber die gesetzliche Möglichkeit, auch die mit Gewinn abschließenden Grundstücksverkäufe zu besteuern, die zu beliebiger Zeit vor 1923 erworben worden sind. **Ueber die Höhe der Wertzuwachssteuer hatte die Reichsgesetzgebung keinerlei Vorschriften gemacht.** Es wäre also, gerade im Hinblick auf die Tatsache, daß die erwerbstätigen Massen heute den größten Teil des gesamten Steueraufkommens in Reich, Staat und Gemeinden zahlen müssen, die Anwendung eines nach sozialen Gesichtspunkten gestaffelten Tarifes möglich gewesen gegenüber den Kapitalisten, die unverdienterweise mit Grundstücken Geschäfte gemacht haben. Es ist bezeichnend für die Rolle der Sozialdemokraten in den kapitalistischen Regierungen, daß ausgerechnet der preußische Innenminister Severing für die Durchführung der Wertzuwachssteuer in Preußen ein Musterstatut den Gemeinden zur Annahme vorgeschlagen hat, das die Wertzuwachssteuer möglichst niedrig hält. Die Gemeinden haben die ministerielle Anweisung als Vorschrift aufgefaßt, soweit sie eine kapitalistische Verwaltung haben, selbstverständlich im Interesse der Grundstücksspekulanten. Und so ist meist die Wertzuwachssteuer auf die Inflationsgeschäfte beschränkt geblieben, der Steuersatz bewegt sich in der Regel zwischen 10 und 30 Prozent. **Irgendwelche Unterscheidung zwischen großem, völlig unverdienten und bescheidenem Wertzuwachs wird nicht gemacht.** Da die Stadt Halle mit ihrer bürgerlichen Mehrheit gleichfalls auf Severing schwor, findet man in dem Etat Haushaltvoranschlag für 1926, die lächerliche Summe von 250 000 Mk.

Es könnte mit Leichtigkeit bei Anwendung der von kommunistischer Seite vorgeschlagenen Staffelung 1 Million herausgeholt werden.

Daß die hallische Wertzuwachssteuer tatsächlich die Methode „Wasch' mir den Pelz, aber mach' ihn nicht naß" verkörpert, ergibt auch die Gegenüberstellung mit den Ansätzen: **Vergnügungssteuer 650 000 Mk., Hundesteuer 300 000 Mk., Getränkesteuer 400 000 Mk.**

II.

Es ist allgemein die Auffassung verbreitet, daß die Reichssteuerüberweisungen und die Beteiligung an Staatssteuern das finanzielle Rückgrat der Gemeinde darstellt. Der hallische Haushaltvoranschlag für 1926 beweist, daß diese Tatsache nicht mehr zutrifft. Das kapitalistische Betrugsmanöver, das von Erzberger begonnen, über Hilferding fortgeführt und von Schlieben vollendet worden ist, hat die Gemeinden ihrer finanziellen Basis beraubt. Für die Durchführung der, teils durch reichsgesetzliche Vorschriften, teils unter dem Druck der ungeheuren Not in den werktätigen Massen notwendig gewordenen Gemeindeaufgaben müssen die Gemeinden eben durch besondere Schröpfung der erwerbstätigen Kreise die Gelder beschaffen. **Die Stadt Halle soll nach dem Voranschlag 5,28 Millionen von Reich und Staat erhalten. An Gemeindesteuern will sie jedoch erheben 7,36 Millionen, außerdem sollen die Betriebswerke der Stadt weitere 3,37 Millionen an Ueberschuß abwerfen.** Der Magistrat sagt in seiner Begründung des Haushaltvorschlages selbst,

daß durch die letzte Maßnahme ein Aderlaß vorgenommen wird, der möglicherweise dem Wirtschaftskörper der Werke mehr Blut entzieht, als im Interesse ihrer gesunden Fortentwicklung zu verantworten ist.

Aber trotzdem schröpft er lieber die Gas-, Strom- und Wasserbezieher, sowie die Fahrgäste auf der Straßenbahn. Selbstverständlich wird die Folge der Herauspressung hoher Ueberschüsse aus den städtischen Betriebswerken der Drang nach Rationalisierung. Entweder werden Arbeitskräfte entlassen, oder man wird sich weigern, die Löhne auf die notwendige Höhe zu bringen, jedenfalls aber werden die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten **zu schärferer Arbeitsleistung angetrieben** werden.

Die gerissensten Kapitalisten werden geschont

Den größten Teil der Gemeindesteuern bringt auch in Halle die Grundsteuer mit 2,4 Millionen und die Gewerbesteuer mit 2,9 Millionen Ertrag auf. Es soll nach dem Vorschlag des Magistrats bei den bisherigen Zuschlägen bleiben: 200 Prozent zur staatlichen Grundvermögenssteuer, 1000 Prozent zur Gewerbesteuer von der Lohnsumme und 550 Prozent von der Gewerbesteuer nach dem Ertrag. Wie schon gesagt, ist die Beibehaltung der bisherigen Sätze unter dem Zwang der Wirtschaftslage erfolgt. Man soll aber nicht glauben, daß damit die Gewerbesteuererhebungsmethode irgendwie nach sozialen Gesichtspunkten erfolgt. Die Gewerbesteuer kann bekanntlich auf dreierlei Weise erfolgen: nach dem Gewerbekapital, nach der Lohnsumme und nach dem Gewerbeertrag. Nach zwei verschiedenen Arten muß sie erhoben werden. Nun verzichtet die Stadt Halle auf die Erhebung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbekapital, erhebt aber nach der Lohnsumme und nach dem Gewerbeertrag. Die letztere Methode ist natürlich die relativ objektivste Methode, besonders dann, wenn nach den kommunistischen Vorschlägen der Gewerbeertrag bis zur Höhe des proletarischen Existenzminimums steuerfrei bleibt und die Sätze bei größeren Erträgen der Höhe nach ansteigend gestaffelt werden. **Die Lohnsummensteuer aber ist die brutalste Form der Gewerbebesteuerung.** Sie verstärkt den Unternehmerdrang zum Herausschmiß von Arbeitskräften. Denn mit jedem Arbeiter, der entlassen wird, spart der Unternehmer an Steuern. Andererseits wird der Ertrag der Steuer nur sehr gering sein, weil gegenwärtig die meisten Betriebe stillgelegt sind oder verkürzt arbeiten. Hinzu kommt, **daß es sehr viele Unternehmungen gibt, die ohne eine größere Zahl von Arbeitskräften sehr große Umsätze und ebensolche Gewinne haben,** z. B. Agenturen, Kommissionsgeschäfte, Großhandlungen. Das Kapital — nach den Grundsätzen für die Erhebung der Gewerbesteuer gehört dazu der gesamte, Werte darstellende Besitz eines Unternehmers — ist selbstverständlich auch in der Zeit der Betriebsstillegung oder -einschränkung vorhanden, es wird von den Besitzern zu anderen Geschäften verwendet, was der ungeheuer starke Zustrom von flüssigen Geldmitteln in die Banken und Sparkassen beweist.

Ausgerechnet die Methode der Gewerbebesteuerung nach dem Kapital wird in Halle nicht durchgeführt.

Zur Grundsteuer ist zu sagen, daß in Halle keine Differenzierung zwischen bebautem und unbebautem Grundbesitz erfolgt. Von den Häusern wird der gleiche Betrag erhoben wie von den unbebauten Grundstücken. Da die Grundsteuer vom bebauten Besitz bis zu einem gewissen Teile in der Wohnungsmiete erscheint und von den Mietern bezahlt wird, ist diese Art vollkommen unsozial. Auf der anderen Seite aber wäre es möglich, den unbebauten Grundbesitz mit einem höheren Prozentsatz zu veranlagen, solange

---

Wirinea

Roman von Lydia Sejfullina

Wiederum irrte sein Blick über die Reihen hin. Es war, als wäre er verlegen, als bäte er um Nachsicht oder Teilnahme. Aber überall begegnete er lachenden oder boshaften Blicken. Da versetzte er voll Zorn seinem Sterbelager einen Tritt und schrie wütend und heftig:

„Was stiert Ihr mich mit Euren Glotzaugen an? Ihr seid wohl gekommen, um den Aasgeruch zu riechen? He? Ich werde nicht sterben! Vorwärts, raus mit Euch allen aus der Hütte. Ich habe euch Hurensöhnen nun doch gesagt, daß ich nicht sterben werde!..."

Und er stieß einen kräftigen, schmutzigen Fluch aus und ließ eine Serie, zotige Redensarten, eine nach der andern, hinterher hageln. Seine Augen röteten sich, es war, als quöllen sie vor Zorn auf. Mit seinen Riesenfäusten fuchtelte er in der Luft herum. Die erschreckte Tochter Magaras kreischte im Hofe auf. Ein anderes verstörtes Bauernweib stürzte aus der Stube zu ihr hinaus. Und unter Stöhnen und Kreischen folgten lärmend die Männer und gaben Magara seine zotigen Schimpfworte zurück. Dann gingen auch die Greise unter tadelndem Gemurmel, doch hatten auch sie vergnügten, verhaltenen Spott in den Augen. Die Stube leerte sich schnell.

Stockend, als erstickte er unter der Flut seiner wütenden, zotigen Rede, brüllte Magara:

„Des Teufels Mutter soll sie alle holen! Ich ... auf Gott! Ich ... auf die Muttergottes! ..."

Er riß von den Bänken das Leinenlaken herunter, knüllte es wütend zusammen und schleuderte es in eine Ecke. Mit kräftigem, wütigem Atem verlöschte er das Lämpchen und die Kerze vor den Heiligenbildern. Auf dem Hofe lärmte immer noch das Volk:

„Der kann sauber fluchen, der alte Knasterbart!"

„Vor lauter Beten hat ihn die Sehnsucht nach dem erleichternden Fluchen gepackt."

„O Herr, mein Gott! Wie soll man jetzt diese Sünde abbeten? Und wodurch läßt sie sich vor Gott wieder gutmachen?"

Magaras Schwiegersohn versuchte, mit rotem Kopf, schweißüberströmt und mit herausgerollten Augen, das Volk zu beschwichtigen:

„Geht doch auseinander, ihr rechtgläubigen Leute! Ich flehe Euch in Gottes Namen an, verlaßt den Hof. Wir haben auch so Schande genug! Die Kränkung ist schon groß genug. Wenn er sich doch insgeheim hingelegt und den Versuch gemacht hätte, ob er sterben kann oder nicht. Dann hätte er ja immer noch das Volk zusammenrufen können ... Geht doch um Christi willen, ihr alten Männer. Es ist besser, Ihr kommt morgen, um uns zu beschimpfen. Heute ist er ganz außer sich. Was macht es Euch, Ihr habt unsere Schande gesehen und seit wieder fortgegangen! Uns aber wird er ganz gewiß vor Scham zu Krüppeln schlagen."

Die jungen Leute pfiffen und tanzten auf der Straße vor dem Hause. Sie schrien aus allen Kräften:

„Wann wirst Du uns wieder rufen, Magara? He? Wann sollen wir wiederkommen? ... Wir werden ein Totengericht kochen, Pfannkuchen backen ..."

„Doch paß auf, betrüge uns nicht wieder, sonst werden wir selbst Dich für Deine Betrügereien in den Sarg hineinlegen!"

Sterben wollt' Magara schon,
Dieser Teufelsschwiegersohn,
Am Abend dacht' er anders.
Seiner Mutter, was er kann,
Fängt er jetzt zu fluchen an ...

Magara schlug mit der Faust auf das Fensterbrett, daß die Scheiben der offenen Fenster klirrten.

„Ich schlag Euch tot ... schert Euch fort, Ihr Gesindel ... Wird's bald?"

Er zog den Kopf in die Schultern, holte, wie zu einem wütenden Sprung bereit, mit den Armen aus und steckte sein bläulichrotes Gesicht mit den blutunterlaufenen Augen zum Fenster hinaus. Die Menge prallte von der Hütte zurück.

Auf die Straße, auf die Bauernhöfe, auf die Felder und Hügel der Umgebung hatte sich schon die wohltuende, duftreiche Dunkelheit herabgesenkt. Die Weiber riefen unruhig nach ihren Männern und Kindern. Die Leute gingen unter Lachen und Schimpfen auseinander. Magara ließ sich mit Wucht auf die Bank zwischen den Fenstern niedersinken. Er ließ seinen zerzausten Kopf in die Hände fallen und atmete schwer. Da öffnete mit einem leisen, langsamen Knarren sein Weib Grigorjewna die Tür. Ihr altes Herz flatterte wie eine aufgescheuchte Taube in ihrer Brust. Sie brachte vor Schreck kein Wort über die Lippen. Aber ein ungeheures Mitleid trieb sie zu ihrem Manne hin. Sie trat ein. Magara sagte mit großer Müdigkeit in der Stimme zögernd zu ihr:

„Gib mir andere Kleider ... Und ... Halt doch einmal! Befiehl der Daschka, den Samowar aufzusetzen."

Und doch trank er keinen Tee. Er goß gierig drei Schöpfkellen kalten Wassers hinunter. Dann fragte er mürrisch und dumpf:

„Wo sind denn die Schwiegersöhne mit ihren Weibern?"

„Der eine ist fortgefahren, die andern sind hier, im Hof, sie haben sich in ihren Wagen zur Ruhe gelegt. Sie fürchten sich, in die Stube hereinzukommen . . ."

„Schon gut, laß sie dort schlafen."

„Und wie steht es denn mit Dir, Sawelij?" Sie wurde schüchtern und sprach mit kaum vernehmbarer Stimme zu Ende: „Wirst Du vors Dorf hinausgehen?"

Er antwortete nicht. Mit kräftigen und geräuschvollen Schritten ging er barfüßig zu dem Bett der Alten hin. Das hölzerne Bett knarrte ächzend unter seiner schweren Last. Die Alte begann sich seufzend ein Lager auf der Bank unter den Fenstern zu bereiten. Aber Magara rief sie mit lauter und deutlicher Stimme:

„Leg Dich zu mir her."

Und in seinem sechsten Lebensjahrzehnt gab er sich mit derselben Wildheit der Sünde hin, wie er sich ihr in seinen jungen Jahren hingegeben hatte, koste und beunruhigte wortlos die ganze Nacht hindurch den alterswelken Körper seines Weibes mit rauher, tierischer Zärtlichkeit.

Bei Morgenanbruch begann sie plötzlich tränenlos zu weinen und brach in wortloses, dumpfgequältes Heulen aus.

„Sawelij ... Sewelij! ... Beruhige Dich, Gott wird sich Deiner erbarmen! Wegen Deines Stolzes wirst Du so sehr von der Kränkung geplagt."

„Schweig!"

Er stand vom Bett auf und stand mitten in der Stube, riesengroß, behaart, ungeschlacht.

„Schweig, Weib! Du kannst das mit Deinem Hirn nicht begreifen! ... Schweig! In Sünde will ich mein Leben beenden. In Hurerei, Unflat und Gotteslästerung! ... Töten und morden werde ich! In großer Sünde! Wenn Gott es nicht zugelassen hat, daß ich in großer Heiligkeit zu ihm komme, so will ich als großer Sünder vor ihm erscheinen! Ich werde mich nicht scheuen, ihm beim jüngsten Gericht einen Vorwurf daraus zu machen! ..."

Und er tobte wieder bis Sonnenaufgang. Am Morgen verließ er das Haus. Er verschwand bis zum Osterfeste. Am zweiten Festtage erschien er betrunken und tobsüchtig. Von jenem Tage an war er weit im Umkreis, was Hurerei, Trunksucht und Rauferei anlangte, der Erste.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260427-14/fragment/page=0005

Am 1. Mai schulfrei!

Alle Arbeitereltern schicken ihre Kinder ni... in die Schule, sondern zur Maidemonstrat...

die Grundsteuer überhaupt noch erhoben wird. **Ein erhöhter Steuersatz für unbebaute Grundstücke in der Großstadtlage würde eine gute Wirkung auf die Förderung der Neubautätigkeit haben, sie würde** ferner die Kosten der Stadterweiterung beträchtlich entlasten. Heute sind in der Stadt Halle noch Hunderte von Einzelgrundstücken unbebaut, im Süden der Stadt sogar große Flächen. **Diese befinden sich in den Händen von Spekulanten, die schon jahrzehntelang an diesem Grundbesitz kleben.** Obzwar die Stadt schon die größten Anstrengungen gemacht hat, dieses Baugelände zu erwerben, oder wenigstens der privaten Bautätigkeit zu erschließen, denken diese Kapitalisten gar nicht daran, das Gelände herzugeben. Sie glauben, daß beim Wiederaufleben der Industrietätigkeit in jenem Industrieviertel höhere Preise auf jeden Fall zu erzielen sind als heute. Nun muß aber die Stadt bauen, möglichst nicht allzuweit von den Arbeitsstätten entfernt. Infolgedessen mußten die neuen Siedlungen auf dem Gelände an der Artilleriekaserne errichtet werden, wobei die Anlagekosten, weil keinerlei Straßen, Kanalisation, Lichtleitung vorhanden waren, ziemlich hoch sich beliefen.

Das Gelände der Grundstücksschieber aber, das zum Teil schon mit Straßen versehen ist, liegt gegenwärtig als riesige Baulücke im Stadtplan.

Es ist klar, wenn man diesen Grundstückshyänen gepfefferte Grundsteuern abnimmt, würden sie leichter zum Verkauf ihrer Grundstücke veranlaßt werden. Entweder könnte also mit einer Rationalisierung der Stadterweiterung oder mit größeren Einnahmen zu Lasten der Grundstücksschieber gerechnet werden.

Es wird die Aufgabe der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion sein, die kapitalistischen Methoden der Deckung des Gemeindebedarfs, wie sie im Haushaltplan auch für 1926 zutage treten, scharf unter die Lupe zu nehmen. Denn diese Methode hat auch ihre Wirkungen auf die Stadtpolitik, die wir in einer Kritik der Ausgabenseite des Voranschlags in weiteren Ausführungen beleuchten werden.

Der 1. Mai im Zeichen der proletarischen Solidarität

An die Mitgliedschaft der Internationalen Arbeiter-Hilfe!
An die gesamte werktätige Bevölkerung in Mitteldeutschland!

Weder Völkerbund noch Friedensverträge, weder Stabilisierung noch Rationalisierung konnten die weitere Verelendung breiter werktätiger Schichten in den kapitalistischen Ländern verhindern. Das trifft besonders für Deutschland zu. Die Not der 5 Millionen Erwerbslosen, der enteigneten Sparer und Rentner, der Opfer des Krieges und der Arbeit, der Wohnungslosen, ist ins Unerträgliche gestiegen. Immer krasser kommt der Wahnsinn der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zum Ausdruck. Die herrschende Klasse versucht mit allerhand Täuschungsmanövern — wozu auch die **Reichsgesundheitswoche** gehörte — ihre Schuld und Verantwortung auf die Opfer des heutigen Systems abzuwälzen.

Aber auch die Geduld der werktätigen Massen hat ihre Grenzen. Immer mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, **daß ein Bündnis zwischen den Hungrigen und den Satten nur den letzteren zugute kommt.** Immer stärker kommt der Wille zum Ausdruck: **Zusammenschluß aller vom Kapitalismus Ausgebeuteten in allen Ländern.**

Nach jahrelangen Niederlagen können wir heute **eine Stärkung und Sammlung der Werktätigen** feststellen.

Die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit ist auf dem Vormarsch. (Russisch-englisches Einheitskomitee.)

In China führen die chinesischen Arbeiter und Bauern mit Unterstützung der Werktätigen in der ganzen Welt einen zähen und erbitterten Kampf gegen den Imperialismus.

In Deutschland haben 12½ Millionen Werktätige aller politischen Richtungen durch den Volksentscheid ihre Verachtung für den reaktionären Fürstenklüngel zum Ausdruck gebracht.

Am 1. Mai werden kommunistische, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter gemeinsam mit den freien Gewerkschaften in großen Demonstrationen ihren Willen zum gemeinsamen Kampf gegen das Unternehmertum bekunden.

Diesen Beweis der proletarischen Solidarität begrüßt die Internationale Arbeiter-Hilfe, die die Förderung derselben als ihre wichtigste Aufgabe ansieht.

Wir richten an unsere Mitglieder und an alle, die der Arbeiten der Internationalen Arbeiter-Hilfe Sympathie entgegenbringen, die Aufforderung, sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der Maifeiern zu beteiligen.

Die Internationale Arbeiter-Hilfe unterstützt die Forderungen der Werktätigen:

Wiedereinführung des Achtstundentages; höhere Löhne!

Ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen!

Positiven Ausbau der sozialen Fürsorge!

Kampf gegen neue imperialistische Kriege und besonders gegen die Unterdrückung der Kolonialvölker!

Enge freundschaftliche Beziehungen mit Sowjet-Rußland!

Hoch die proletarische Solidarität der Unterdrückten und Ausgebeuteten aller Länder!

Bund der Freunde der Internationalen Arbeiterhilfe
Landesausschuß Halle-Merseburg

Die hallische Erwerbslosenspeisung

Wir entnehmen einem **Bericht über die Erwerbslosenspeisungen vom Gewerkschaftskartell im „Volkspark" und in der Produktiv-Genossenschaft, Halle-Saale, vom 11. Februar bis 31. März 1926:**

Die Speisungen begannen am 11. Februar mit einer Ausgabe von 117 Portionen. Bereits am 17. Februar stieg die Ausgabe auf 350 und hat sich, wie aus der nachfolgenden Zusammenstellung hervorgeht, mit geringen Abweichungen auf dieser Höhe gehalten und beträgt zurzeit 1150. Sonntags wurde kein Essen verabreicht, mit Ausnahme Karfreitag und ersten Osterfeiertag. Im Berichtsabschnitt betrug der Preis 30 Pf. für jede Portion à 1 Liter Inhalt. Beschwerden über Schmackhaftigkeit, Zubereitung usw. sind nicht vorgebracht worden. Die zur Verfügung gestellten Mittel wurden in wertvollster Weise ergänzt durch verschiedene Zuwendungen.

Zusammenstellung:

Zeitraum	Zahl der Tage	Portionenanzahl	Einnahme Mk.	Ausgabe Mk.	Zuschuß Mk.
11. bis 13. Februar	3	327	98,10	282,05	183,95
15. bis 20. Februar	6	1625	487,50	762,70	275,20
22. bis 27. Februar	6	2178	653,40	1078,50	425,10
1. bis 6. März	6	2421	726,30	1050,10	323,80
8. bis 13. März	6	2520	756,00	1080,94	324,94
15. bis 20. März	6	2764	729,20	1000,80	271,60
22. bis 27. März	6	2044	613,20	953,90	340,70
29. bis 31. März	3	979	293,70	497,50	203,80
	42	14858	4357,40	6706,49	2349,09

Es sind hiernach durchschnittlich 354 Portionen täglich verabreicht worden. Die Herstellungskosten für eine Portion unter Einrechnung der Zuwendungen beliefen sich auf rund 46 Pf., so daß an jeder Portion rund 16 Pf. oder 53 Prozent gegenüber dem Abgabepreis von 30 Pf. zugesetzt werden.

Die abgegebenen Eßkarten sind wochenweise gebündelt versiegelt dem Arbeitsamt zu Händen des Herrn Dr. Holz zugestellt worden. Die Bezahlung der Rechnungen wird durch Herrn Stadtrat W. Fischer, Landsberger Straße 13, erledigt.

***Achtung, Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse des Saalkreises. Krankengeld wird in dieser Woche nicht Sonnabend, sondern bereits am Freitag, dem 30. April, ausgezahlt.**

Der neue Arbeitsplan der Volkshochschule ist erschienen und in den Buchhandlungen und Verkaufsstellen unentgeltlich zu haben. Der Kartenverkauf beginnt am Montag, dem 26. April. Es wird darauf hingewiesen, daß im Sprechzimmer der Volkshochschule, Katholische Volksschule, Dieskaustraße 7, I, Zimmer Nr. 12, in der Zeit von 6 bis 8 Uhr abends Karten ausgegeben werden.

Flugverkehrs-Uebersicht

Der Personen- und Post-Luftverkehr Halles 1926 ist in ... ganzen Umfange aufgenommen. Er umfaßt die nach... Fluglinien:

Fluglinie 14: Berlin—Halle—München,
ab Halle nach München 15.30,
ab Halle nach Berlin 11.15,

mit Zwischenanschlüssen von bzw. nach Leipzig—Dresden, ... Plauen, Düsseldorf—Köln, Erfurt, Hamburg—Magdeburg, ...
und Auslandsanschlüssen Kopenhagen — Malmö, Am... Brüssel—London, Paris.

Fluglinie 15: Berlin—Halle—Erfurt—Stuttgart—Zürich,
ab Halle nach Zürich 9.00,
ab Halle nach Berlin 18.00,

mit Zwischenanschlüssen von bzw. nach Kassel — Dortmund—... Leipzig,
und Auslandsanschlüssen Basel, Rotterdam, London.

Fluglinie 17: Berlin—Halle—Erfurt—Frankfurt a. M.—... heim—Karlsruhe,
ab Halle nach Karlsruhe 11.30,
ab Halle nach Berlin 12.30,

mit Zwischenanschlüssen von bzw. nach Lübeck, Köln—Düs... Gleiwitz—Breslau, Görlitz—Dresden—Leipzig, Baden-Baden... lingen, Konstanz,
und Auslandsanschlüssen Kopenhagen—Malmö, Brüssel-... don—Paris, Amsterdam, Prag—Wien, Basel.

Fluglinie 19: Gleiwitz—Breslau—Halle—Köln,
ab Halle nach Köln 11.00,
ab Halle nach Gleiwitz 13.20,

mit Zwischenanschlüssen von bzw. nach Magdeburg—Ha... München, Görlitz—Dresden—Leipzig, Erfurt—Frankfurt—... heim — Karlsruhe — Baden-Baden — Villingen — Konstanz, ... Düsseldorf, Krefeld,
und Auslandsanschlüssen Kopenhagen—Malmö, Prag-... Amsterdam, Basel, Brüssel—London, Paris.

Fluglinie 20: Breslau—Görlitz—Dresden—Leipzig—Halle,
ab Halle nach Breslau 13.10,

mit Zwischenanschlüssen von bzw. nach Magdeburg—Ha... Berlin, Köln — Düsseldorf, Erfurt — Frankfurt — Mann... Karlsruhe—Baden-Baden—Villingen—Konstanz, München,
und Auslandsanschlüssen Prag — Wien, Kopenhagen—... Brüssel—London, Paris, Amsterdam, Baden-Baden.

Fluglinie 21: Dortmund—Kassel—Halle—Leipzig,
ab Halle nach Leipzig 17.40,
ab Halle nach Dortmund 8.55,

mit Zwischenanschlüssen von bzw. nach Essen, Berlin,
und Auslandsanschlüssen Rotterdam—London.

Fluglinie 31: Hamburg—Magdeburg—Halle—Leipzig—D...
ab Halle nach Dresden 5.15,
ab Halle nach Hamburg 11.20,

mit Zwischenanschlüssen von bzw. nach München,
und Auslandsanschlüssen Kopenhagen—Malmö.

Fluglinie 37: Plauen—Gera—Halle (vom 1. Mai an i... trieb),
ab Halle nach Plauen 8.15,

mit Zwischenanschlüssen von bzw. nach München—Nürnberg, ... lin, Magdeburg — Hamburg, Erfurt — Frankfurt — Mann... Karlsruhe—Baden-Baden—Villingen—Konstanz, Köln—Düs...
und Auslandsanschlüssen Budapest—Wien, Zürich, Kopenhagen—Malmö, Brüssel—London, Paris, Amsterdam, Basel.

In Halle verbindet ein Personen-Zubringerauto die ... (Riebeck-Platz, Marktplatz) mit dem Flughafen.

Luftpostamt ist Postamt 2, Thielenstraße 2a. Tägliche ... verbindungen zum Flughafen: 7.40, 10.20 und 11.55 Uhr ... und 2.40, 5.05 Uhr nachmittags.

An Sonntagen ruht der Flugdienst.

Ein Flugkursbuch, das gleichzeitig allgemeine Beförderungsbestimmungen, wie Paßbestimmungen, Bestimmungen über ... beförderung, Luftpost, ferner Anweisungen für den Flugga... Eisenbahnanschlüsse enthält, wird unentgeltlich im Verkehrsb... „Roter Turm", Marktplatz, im Verkehrsbureau Bette ... Delitzscher Straße, bei L. Schönlicht, Gr. Steinstraße 73, ... Georg Schultze, Bernburger Straße 32, an welchen Stellen ... Flugkarten erhältlich sind, ausgegeben.

Nietleben

Elternversammlung. Am Donnerstag, 2... 8 Uhr abends, findet im Gasthof „Zum Stern" eine Elternve... lung statt. **Es ist Pflicht aller Proletarier, welche Kinder ... Schule schicken,** an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen. Versammlung beginnt **pünktlich 8 Uhr.** Tagesordnung: El... beiratswahl.

Theater und Konzerte

Walhalla-Theater. Wir erhalten folgende **Notiz: Die ab 1. Mai f...** beraumte Aufführung des mit dem Kleistpreis ausgezeichneten Lustsp... **fröhliche Weinberg"** wird für unsere Stadt ein Ereignis bilden. Das ... welches aus allerersten Kräften zusammengesetzt ist, steht unter der ... Leitung des bekannten Oberspielleiters Willi Schweitguth von den ... Kammerspielen. Der bis ins kleinste Detail sorgfältig vorbereiteten ... sowohl an Darstellung als auch an Ausstattung, darf mit größtem In... gegengesehen werden. Am Sonntag, dem 2. Mai, 3½ Uhr nachmittags ... Fremdenvorstellung angesetzt, um auch den auswärtigen Theaterfreunden ... des „fröhlichen Weinberg" zu ermöglichen. Der Vorverkauf für die ... **Vorstellungen ist bereits eröffnet, es dürfte sich empfehlen, sich rechtzeitig ... zu sichern.**

Verantwortlich: Max Lademann, Eisleben, für den redaktionellen ... den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle a. d. S., Lerchenf...

Aus dem Geschäftsverkehr

Ersparnis an Zeit und Geld bedeutet für jede Küche die Verwendung von ... Fleischbrühwürfeln zu 4 Pf. Sie sind mit bestem Fleischextrakt hergestellt ... halten auch bereits die nötigen Gemüseauszüge, Kochsalz und Gewürz. ... Auflösen in kochendem Wasser geben sie augenblicklich vorzügliche Fleisch... Trink- oder Kochzwecken.

Elternbeiratswahlen

Die Elternbeiratswahlen stehen vor der Tür. Triumphierend verkünden die „Unpolitisch-Christlichen", daß sie, wie vor zwei Jahren, gerüstet ständen, in einheitlicher Linie den Kampf für die kirchliche und nationale Erziehung zu führen. Alle Arbeitereltern, alle Väter und Mütter der hand- und kopfarbeitenden Massen müssen wissen: **Das ist die Einheitsfront aller Gegner des Proletariats auf kulturellem Gebiet unter Führung der Pfaffen.** Was ihr Ziel ist, das hat Bayern gezeigt, wo die Schule völlig der Kontrolle und Aufsicht der Kirche ausgeliefert ist; das hat der Reichsschulgesetzentwurf der Luther-Regierung Nr. 1 vom vorigen Herbst gezeigt, nach dem die deutsche Volksschule bis auf geringe Splitter ein Instrument der diversen Pfaffen werden sollte. Schon kündet die neue Luther-Regierung einen neuen Entwurf an. Und zu diesen akuten Gefahren der Verkirchlichung die **unaufhaltsam steigende Not der Arbeiterjugend infolge der furchtbaren Wirtschaftskrise!**

Wo bleibt demgegenüber die **einheitliche Kulturfront des Proletariats?**

Auf wirtschaftlichem Gebiet hat die Arbeiterschaft die Erfahrung gemacht, daß ihre machtvollen Organisationen, die Gewerkschaften, unter reformistischer Führung zu einem stumpfen Schwert geworden sind. Soll es mit den freigeistigen Verbänden und den anderen Organisationen ebenso gehen? Soeben kommt die Kunde aus Berlin: **Der Sozialdemokratische Bezirksvorstand lehnt es ab,** unter der Parole der Freidenker:

„Kind in Not",
„Gegen Kinderelend und Schulreaktion"

in einer Front mit der „Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände", der Kommunistischen Partei und anderen Organisationen zu kämpfen. Weshalb? Passen ihm die Forderungen nicht? Wo ist der sozialdemokratische Arbeiter, der diese Forderungen, aufgestellt vom „Schulausschuß der Arbeitsgemeinschaft der freigeistigen Verbände", nicht unterschreiben kann?

1. Gesundheitliche Sicherstellung der Kinder;
2. Weltlichkeit des Schulwesens;
3. gegen alle Prügelpädagogik;
4. für Erweiterung der Rechte der proletarischen Elternbeiräte.

Diese selbstverständlichen Forderungen kann und wird jeder Arbeiter mit einem Funken von Klassenbewußtsein unterschreiben, unter dieser Fahne können sich alle Werktätigen sammeln. Diese Parolen werden es ermöglichen, in die christlichen Schulen vorzustoßen und dort Positionen zu erobern; denn auch dort sind Klassengenossen, die wir gewinnen müssen. Weshalb also lehnt der Bezirksvorstand Berlin der SPD. ab, **obgleich selbst der ADGB. sich für die Einheitsliste unter dieser Parole einsetzt?**

Sie wollen, so erklären sie, nicht mit den Kommunisten zusammengehen! Also aus nacktem Parteiegoismus, um sich allein die Führung zu sichern, lehnte die SPD. die Einheitsfront unter der Freidenker-Parole ab, und sie haben selbst der Berliner Gewerkschaftskommission einen Korb gegeben.

Genossen, wir wollen nicht dabei stehen bleiben, diese Spalter der sich bildenden Einheitsfront anzuprangern. Uns kommt es darauf an, trotz solcher Sabotage die arbeitenden Massen auf der Linie eines entschlossenen Kampfes zusammenzuführen. Berlin ist nicht Preußen und nicht Deutschland. Sollen einige Querköpfe, die in allzu großer Nähe des „Vorwärts" geistig zu verkalken verurteilt sind, unsere Reihen verwirren dürfen? Sollen die Millionen der Freidenker einzig nach der Pfeife der SPD. tanzen?

Bildet überall sofort Ausschüsse zur einheitlichen Durchführung der Elternbeiratswahlen! Die Vermittlung liegt am besten bei der Freidenkerorganisation des Ortes. Zieht auch andere Kultur- und Sportorganisationen und die freien Gewerkschaften heran! Wenn die sozialdemokratischen Arbeiter sehen, daß wir ernstlich die Einheitsfront wollen, so werden sie ihre Partei zum Anschluß zwingen. **Wer sich abseits stellt, stärkt die Front der Christen, die zugleich die** Front der Kapitals- und Fürstenknechte ist.

An die Arbeit unter der Parole: Kind in Not! Gegen Kinderelend und Schulreaktion!

Zuban-Tornwart 5 Pf.

Die ausgezeichneten, seit mehr als 35 Jahren gepflegten Beziehungen unserer eigenen Rohtabakeinkaufsorganisation im Orient setzen uns in den Stand, in der 5 Pfennig-Preislage eine Marke von solch überragender Qualität zu bieten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260427-14/fragment/page=0006
DFG

Die Partei auf dem Vormarsch

Ein Nachwort zum Bezirksparteitag

Von O. Berger

Wenn es wirklich noch eines Beweises bedurft hätte, daß sere Partei in einer inneren Konsolidierung begriffen ist, ser Bezirksparteitag hätte ihn erbracht. Gewiß zitterte die rausgegangene und teilweise sehr scharf und gründlich gehrte Auseinandersetzung in den Zellen, Zellenuppen, Stadtdelegierten-Konferenzen, Ortsgruppen- und erbezirks-Konferenzen über die Ergebnisse der 6. Erweiten Exekutive, über die Lage in der Partei und ihre Aufben auf dem Bezirksparteitag noch nach, aber deswegen n einer schweren Krise in der Partei zu sprechen, das müssen jene Genossen, die mit diesem Argument glaubten, Beruhigung in die Mitgliedschaft tragen und fraktionelle schäftchen machen zu können, ein für allemal aus m Kopf schlagen. So wie auf unserem Parteitag sich n 133 Delegierten nur 6 Genossen gegen die Politik der artei ausgesprochen haben, so sind uns auch bereits die tscheidungen der größten und wichtigsten Bezirke des iches, wie Ruhrgebiet, Thüringen, Niederein, die Entscheidungen der Parteiarbeiter-Konferenz roß-Hamburg und Berlin bekannt. Ueberall llt sich die erdrückende Majorität der Parteimitgliedaft rückhaltlos hinter die Beschlüsse der Exekutive und s ZK. Mag es hier und dort noch kleine Gruppen von beitern in unserer Partei geben, die sich bei ihren Enteidungen von mehr oder minder gefühlsmäßigen Motiven ten lassen, in einem sind sich alle mit uns einig, der **verecherische Anschlag auf die Einheit der Partei muß einmütig rückgewiesen werden.** Versuchen auch einige ultralinke hrer, jenes gesunde Mißtrauen in der Parteimitgliedschaft Parteiführung, das infolge der Niederlagen, der verschienen Fehler und sonstigen Vorkommnisse entstanden ist, e Atmosphäre, die sie selbst durch ihre diplomatische und iespältige Art der Parteiführung erzeugt haben, zu einer ßtrauenspsychose zu machen und für sich auszunutzen, sie mmen und hindern die Partei damit wohl an der Erleding und Durchführung ihrer Aufgaben; jedoch den inneren undungsprozeß selbst aufzuhalten, dazu sind sie nicht stande. Die Partei ist in ihrem Kern zu gesund und letarisch, um das auf die Dauer ruhig hinzunehmen und ßerdem wird sich bei jenen Arbeiten und Aufgaben, die genblicklich vor der Partei stehen, sehr rasch die Spreu vom izen scheiden.

er Bezirksparteitag hat klar und eindeutig den Weg zu serer inneren Konsolidierung vorgezeichnet.

Eine bolschewistische Politik und Taktik, wie sie niedergt ist in den Thesen zu unseren Aufgaben bei möglichster meidung von Fehlern, rücksichtslose Kritik und ihre Ausrtung, falls solche gemacht werden. Die biegsamste, geeidigste Anwendung der Einheitsfronttaktik zur Gewinng der entscheidenden Schichten des Proleriats, der sozialdemokratischen Arbeiter in den Beben und Gewerkschaften, der Landarbeiter und Kleinuern.

Eine zähe, beharrliche individuelle Aufklärung und polie Schulungsarbeit unserer eigenen Genossen im marxistischnistischen Geiste.

Die beschleunigte Fortsetzung unserer inneren Reorganionsarbeit. Höchste Aktivisierung und Politisierung der len, die Mobilisierung der ganzen Mitgliedschaft für die tische Arbeit der Partei. So wie jeder Kommunist in Gewerkschaften Funktionär werden muß, so muß er in r Zelle ein Führer der Massen seines Betriebes werden. s erfordert eine **mächtige Entfaltung der Initiative jedes** ossen. Verbesserungen unserer Arbeitsmethoden von dem rsten Organ unserer Partei bis zur Zentrale. Nur so d uns die rasche Zuführung **eines neuen Stromes von** teimitgliedern aus dem Betriebe gelingen.

ie innigste organische Verbindung dieser vom Bezirksteitag gestellten Aufgaben wird das Schlachtschiff der tei sehr schnell auf „hohe See“, ins offene Kampffeld hingeführt haben. Und da, im offenen Kampf mit unserem ssenfeind bei Anwendung aller Erfahrungen marxistischnistischer Strategie und Taktik, im Ringen um Klarheit unsere große geschichtliche Aufgabe, in diesem Zusammenge, dabei, und nur dabei werden auch **die innerparteilichen** obleme gelöst. In und bei diesem Kampf werden wir durch re richtige Politik auch den letzten Arbeiter von seiner fühlsmäßigen Einstellung zum politischen nken bringen und so überzeugen, daß die Politik und ik der Komintern und des jetzigen ZK. absolut richtig ist. letzte, von der revolutionären Phraseologie ultralinker rer irregeführte Genossen wird schließlich überzeugt werden ch die Sprache der Tatsachen. Und mit den sogenannten belehrbaren“ in unserer Partei werden wir in die Bebe und Betriebszellen gehen und dort, am „Nerv aller ge“, dort wollen wir mit ihnen die Probe aufs Exempel en.

ie Erfahrung unserer jetzigen Organisation hat uns gezeigt, der Wortradikalismus der alten Wohnbezirksnisation ein fremdes und unbekanntes Ding den Betriebszellen ist. Hier muß dem Wort die auf dem Fuße folgen. Wie in den Betriebszellen, so muß n allen Institutionen der Partei werden und das es so , dessen sind wir gewiß. Ja, wir sind der felsenfesten erzeugung, daß diese „revolutionäre“ Sprache von ehedem, uns trennte von unseren Arbeitsbrüdern in Fabrik und tor, der Vergangenheit angehört. Trotz mancher Hemngen, die wir im Feuer der Arbeit überwinden werden, unser Bezirksparteitag gezeigt, daß die Partei dies bereits riffen hat und deswegen **auf der ganzen Linie im Vor**sch begriffen ist.

ancher, der gestern noch in den ersten Reihen marschierte scheinbar einer unserer Besten war, wird dadurch das Glied einem Stärkeren räumen müssen, so mancher verfußkrank die Kaders des Vortrupps und bleibt am Wege en. Das ist bedauerlich, doch die Partei muß vorwärts. Partei hat so manchen guten und braven Kämpfer men und gehen sehen. Fällt er im Kampfe, so ehren wir als Helden unserer Klasse und bewahren sein Andenken. r so wie wir den einen ehren, so müssen wir den anderen mpfen, der die Partei am Vormarsch hindern oder ihre pfkaders dezimieren und sprengen will.

arum war unter dem Besten, was der Parteitag tat: stellte sich mit breiter, offener Brust tzend vor Sowjet-Rußland und wies die verten Pfeile, die nach dem Herzen der proletarischen Revolugezielt waren, mit Abscheu und Verachtung ück.

r Parteitag hat gesprochen. Nun gilt es, die gestellten aben zu verwirklichen. Dafür muß der letzte Genosse an ront.

Resolution zur politischen Lage und den Aufgaben der Partei

Beschlossen vom Bezirksparteitag der KPD. Halle-Merseburg am 24. und 25. April

Außenpolitik

I.

Trotz aller Diplomatie und Regie Englands ist es infolge der sich immer mehr verschärfenden Gegensätze der imperialistischen Staaten untereinander auf der verflossenen Völkerbundstagung in Genf nicht möglich gewesen, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu vollziehen. Die Haltung der Vereinigten Staaten von Amerika hat praktisch die Tagung in Genf gesprengt und damit der Außenpolitik der Luther-Regierung sowie ihren sozialdemokratischen Helfershelfern einen schweren Schlag versetzt. Amerikas Haltung wird durch die Tendenz bestimmt, kriegerische Konflikte in Europa insoweit auszuschalten, um es als Absatzmarkt und Anlageplatz für sein Kapital zu gebrauchen. Dabei ist es bestrebt, mit allen Mitteln eine europäische Blockbildung gegen sein wirtschaftliches Uebergewicht sowie auch in der Schuldfrage zu verhindern. So zeigt Genf einerseits aufs neue die Unüberbrückbarkeit der imperialistischen Gegensätze und das **wirkliche und wahre kriegerische Gesicht des Völkerbundes,** andererseits wurde durch den wütenden Kampf der ganzen bürgerlich-sozialdemokratischen Pressemeute Deutschlands gegen die Gewährung eines Ratsitzes an Polen, **auch das imperialistische Machtstreben der deutschen Bourgeoisie am Schwanze Englands offensichtlich.** Die gesprengte Völkerbundstagung in Genf zeigte die absolute Ueberlegenheit Amerikas und die Abnahme der englischen Macht. Dadurch hat die Entschiedenheit und Ausschließlichkeit der **nur-englischen** Orientierung der deutschen Luther-Regierung und eines Teiles der Schwer- und Fertigindustrie merklich nachgelassen.

Die überschwenglichen Hoffnungen der deutschen Bourgeoisie, mit Unterstützung und Hilfe Englands baldigst zu einer Herabsetzung der Dawes-Lasten und zu Kolonien zu kommen, machen einer leichten Ernüchterung Platz und zwingen die Bourgeoisie, ihre ganze Kraft auch gegenüber den schwächeren Schichten ihrer eigenen Klasse zu konzentrieren, wenn die Großbourgeoisie die Schmälerung ihrer Profitrate verhindern will, weil das Proletariat allein nicht die Dawes-Lasten zu tragen vermag. Daher das innerpolitische Streben der Bourgeoisie und die Notwendigkeit, einen großbürgerlichen Block in Deutschland aufzubauen, der auch jederzeit in der Lage ist, Eventualausfälle an Profit aus öffentlichen Mitteln (Staatsmitteln) wieder auszugleichen. Die außenpolitischen Differenzen der verschiedenen Gruppen der deutschen Großbourgeoisie sind aus diesem Grunde augenblicklich stark zurückgedrängt oder vertagt.

Die Luther-Stresemann-Regierung versucht nun ihrerseits, durch eine zwischen den Gegensätzen der verschiedenen Interessengruppen vermittelnde Wirtschafts- und Finanzpolitik die Voraussetzung für die Bildung eines solchen Blockes der Großbourgeoisie zu schaffen. Eine Reihe von Interessengruppen haben auf diese Weise bereits bedeutende Zuwendungen aus Staatsmitteln erhalten. (Kredit-Subventionen für die oberschlesische Eisenindustrie, Herabsetzung der Besitzsteuern, Kredite für den Rußlandexport, Getreide produzierende Großagrarier und Düngemittelindustrie durch Valorisation des Roggens.) Diese Maßnahmen stoßen auf heftige Opposition der gegnerisch interessierten Interessengruppen und es ergeben sich bereits Gegensätze und mehr oder minder heftige Zusammenstöße innerhalb des Kabinetts der Luther-Regierung (Curtius gegen Reinhold).

II.

Die Kampagne gegen die Völkerbundspolitik der deutschen Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Lakaien muß darum jetzt von unserer Partei verschärft geführt werden. Der Zusammenbruch in Genf bedeutet den vollständigen Bankrott der Außenpolitik der SPD. und der ganzen 2. Internationale. An Hand der Tatsachen (Genf, China, Marokko, Indien, Balkan) gilt es nun, den sozialdemokratischen Arbeitern und den breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung den imperialistischen, d. h. den kriegerischen Charakter des Völkerbundes aufzuzeigen. Die Erhaltung des Friedens wird nicht gesichert durch die Völkerbundspolitik der Bourgeoisie zusammen mit den sozialdemokratischen Führern, sondern nur durch die Herstellung der nationalen und internationalen proletarischen Einheitsfront **(Gewerkschaftseinheit)**; auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes, gegen die imperialistische Bourgeoisie aller Länder wird ein gedeihliches Zusammenarbeiten der Völker möglich sein.

Weil wir als Partei es bis jetzt nicht genügend verstanden haben, **die Zusammenhänge zwischen der imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie und der Politik der sozialdemokratischen Parteien** den sozialdemokratischen Arbeitern und den übrigen arbeitenden Massen klar aufzuzeigen, war es bis jetzt den sozialdemokratischen Führern möglich, **die Völkerbundspolitik der 2. Internationale als Friedens politik hinzustellen.** Gerade jetzt, wo der britische Imperialismus erneut energische Versuche macht, die deutsche Bourgeoisie nach dem ersten Schritt von Locarno einen weiteren Schritt in die Kampffront gegen Sowjet-Rußland hineinzuziehen, und die sozialdemokratischen Führer dabei wiederum sich als die besten Stützen erweisen, **müssen wir mit aller Kraft einerseits die Rolle der sozialdemokratischen Führer entlarven und andererseits die Aufmerksamkeit aller Bevölkerungsschichten auf den gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg Sowjet-Rußlands lenken und Garantieverträge und Bündnis mit Sowjet-Rußland fordern.**

Je mehr die deutsche Bourgeoisie unter die imperialistische Führung Englands gerät, muß sie unvermeidlich in die imperialistische Politik Englands gegen Sowjet-Rußland und damit in kriegerische Konflikte verwickelt werden. **Dieser Gefahr kann Deutschland nur begegnen, wenn das Proletariat die Bourgeoisie niederringt und ein sozialistisches Deutschland schafft, das im freien Bündnis mit der Sowjetunion die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen und eine verbreiterte Basis des sozialistischen Aufbaues schafft.**

Innerpolitische Lage und Aufgaben der Partei

I.

Die Lage in Deutschland **wird durch die ungeheure** Wirtschaftskrise und ihre furchtbaren Auswirkungen wie: Millionenheer von Erwerbslosen und Kurzarbeitern, Verelendung der Sozial- und Kriegsrentner, Invaliden, miserable Lage der Kleinbauern, Landarbeiter sowie der Mittelschichten der deutschen Bevölkerung charakterisiert. **Die Krise ist in das Stadium der Stagnation getreten.** Trotz Frühling und Anzeichen eines Aufschwunges im Baugewerbe, der Bestellungsarbeiten in der Landwirtschaft, und der deshalb augenblicklich etwas belebten Geschäftstätigkeit in der Kaliindustrie erfolgt keine Abnahme der Arbeitslosigkeit. **Die Stabilisierung der deutschen Wirtschaftskrise führt über Absatzschwierigkeiten und Kreditnot zu fortwährenden Bankrotten und Zusammenbrüchen kleiner Existenzen einerseits zu Trust- und Monopolbildungen, Produktionseinschränkungen und Stillegungen, zur Stagnation und Stabilisierung der Erwerbslosigkeit und zur weiteren Verschärfung der Krise andererseits.** Die verzweifelsten Anstrengungen von Bourgeoisie und ihren Beauftragten in den Regierungen konnten bis jetzt die Krise nicht mildern. Alle Maßnahmen der Bourgeoisie, die Krise auf Kosten der arbeitenden Massen zu lösen unter dem Schlagwort „Rationalisierung“, haben nur zur Verschärfung der Wirtschaftskrise beigetragen. Die Methoden der Bourgeoisie, die Krise zu überwinden, wie: technische Reorganisation der Betriebe, Intensivierung der Arbeit, Verlängerung der Arbeitszeit, Herabsetzung der Löhne, Verminderung der Soziallasten, Steuermilderung durch Regierung, Stillegung der weniger rentablen Betriebe, Einschränkung des Produktionsapparates, weitgehendste Syndizierung und Vertrustung, **werden nur immer größeres Massenelend erzeugen und die Rebellion breiter Volksschichten gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung immer mehr steigern.**

II.

Die **wichtigste** Aufgabe unserer Partei ist darum zurzeit der Kampf **gegen** die Rationalisierung der Wirtschaft, wie sie von der Bourgeoisie auf Kosten der Arbeiterklasse durchgeführt und auch von den sozialdemokratischen Führern sowie vom ADGB. unterstützt wird. Die Partei muß den schärfsten Kampf gegen die kapitalistischen Rationalisierungsbestrebungen der Unternehmer in konkreter und populärer Weise führen, so daß die Massen in der Richtung der Revolution in Bewegung kommen.

An Stelle der kapitalistischen Rationalisierung der Wirtschaftskrise müssen wir die Losung der Zwangsenteignung unter Kontrolle der Gewerkschaften und Betriebsräte aufwerfen. In Verbindung mit dem Kampf gegen die Rationalisierung ist eine der wichtigsten Aufgaben der Partei:

Der Kampf um die Forderungen für die Opfer der Rationalisierung und Wirtschaftskrise.

Die Partei muß die gesamte Arbeiterschaft für eine **mindestens** 50prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Erweiterung der Kurzarbeiterunterstützung und Pflichtunterstützung für alle Arbeitslosen mobilisieren. Ein isolierter Kampf der Erwerbslosen muß möglichst vermieden werden, indem die Partei die innigste Verbindung zwischen Arbeitenden und Erwerbslosen herstellt, die Erwerbslosen in den Gewerkschaften organisiert und innerhalb der Gewerkschaften einen energischen Kampf für deren Interesse führt, indem sie

a) lokale Vorstöße in Form von Demonstrationen, Deputationen an lokale Parlamente unternimmt;

b) an Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Provinzialparlamente Anträge stellt und bei Behandlung Deputationen und Demonstrationen organisiert;

c) Erwerbslosenkonferenzen im Kreis und Bezirk organisiert. Voraussetzung ist: Aufbau guter Fraktionen, Bildung von Erwerbslosenräten am Orte, Kreis und Bezirk und ihre Zusammenfassung, so daß keine Entfremdung, sondern eine engere Verbindung mit den Gewerkschaften erfolgt;

d) die Partei muß die Betriebsrätebewegung aktiver gestalten und in den Gewerkschaften den Kampf für die Wiederaufrichtung der freigewerkschaftlichen Betriebsräteorgane und für ihre industriegruppenweise Zusammenfassung führen.

In enger Verbindung mit den politischen Forderungen muß die Partei eine breite Kampagne für die wirtschaftlichen Tagesforderungen der breiten werktätigen Massen organisieren und führen.

Kampf gegen jede weitere Stillegung von Betrieben und für Wiedereinreihung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß, für Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten und ausreichende Unterstützungssätze!

Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau, Verlängerung der Arbeitszeit und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen!

Kampf für die Zurückeroberung des Achtstundentages, der Siebenstundenschicht im Bergbau und in gesundheitsschädlichen Betrieben; gegen Mietwucher und Wohnungsnot; gegen alle Massensteuern, Subventionen, Schutz- und Hochschutzzölle!

Kampf für die Abwälzung aller Lasten des Dawes-Paktes und der Wirtschaftskrise auf die Schultern der besitzenden Klasse!

Die Partei stellt als zeitgemäße Parole gegenüber der Rationalisierung, den Kartellierungen und den Trustbildungen durch die Bourgeoisie, als eine die werktätigen Massen zum Kampf gegen das Unternehmertum einigende Losung **die Verstaatlichung der Industrie und Zwangsregulierung der Produktion unter Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften** in den Vordergrund, in der klaren Erkenntnis, daß eine Sozialisierung der Produktionsmittel als einziger Ausweg aus der kapitalistischen Krise **erst nach der Machtergreifung durch das Proletariat in Frage kommt.**

Nur eine Arbeiter- und Bauernregierung, die sich stützt auf die bewaffnete Macht und auf die gewählten Räte des werktätigen Volkes im Bündnis mit der Union der Sowjetrepubliken, eine solche Regierung würde nicht nur die Diktatur der Grundbesitzer, Banken und Konzerne brechen, **sie wäre auch imstande, die Fesseln des internationalen Kapitalismus zu sprengen,** die in Versailles, London, Locarno und Genf fester und fester um das deutsche Volk geschlossen wurden.

Der beim Volksbegehren durch die Partei erzielte Sieg muß jetzt planmäßig ausgebaut werden. Den gewonnenen ideologischen Einfluß der Partei innerhalb der Arbeiterklasse, der Mittelschichten, Kleinbauern und Landarbeiter gilt es weiter zu verbreitern, zu vertiefen und endlich auch organisatorisch auszuwerten. Die erste Stufe der organisatorischen Bindung und Zusammenfassung der Massenenergien sind die

Einheits-Komitees.

Bei dem weiteren Kampf um den Volksentscheid und Fürstenenteignung muß die Partei viel mehr und viel intensiver als bisher die praktische Bildung und Schaffung von Einheitskomitees in allen Betrieben und Orten und ihre bezirkliche Zusammenfassung betreiben

Die Partei muß den Einheitskomitees politische Aufgaben stellen und den Kampf für die Fürstenenteignung mit dem Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Tagesforderungen der Arbeiterschaft verbinden.

Kampf gegen den reaktionären Verwaltungsapparat, gegen die bürgerliche Klassen- und Femejustiz und für die politische Vollamnestie!

Gegen die monarchistische Reichswehr und Polizei, gegen die faschistischen Kampfverbände und den Polizeiterror!

Gegen Verschlechterung des Wahlrechtes und Heraufsetzung des Wahlalters!

Sturz der monarchistischen Luther-Regierung und für die Auflösung des reaktionären Reichstages!

Die Taktik der Einheitsfront

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben muß die Partei alle Methoden der revolutionären Agitation und Massenmobilisierung anwenden.

Die wichtigste Voraussetzung zur Gewinnung der breiten Massen ist die Anwendung der bereits auf dem 3. Weltkongreß der Komintern beschlossenen und infolge der begangenen Fehler von den nachfolgenden Weltkongressen bestätigten und näher definierten Einheitsfronttaktik. Die falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik kann auch zu opportunistischen Fehlern führen. **Die Partei wird bei der Anwendung dieser Taktik nur dann neue Fehler vermeiden, wenn die gesamte Parteimitgliedschaft die Fehler, die zur Oktoberniederlage führten, erkennt und aus den Erfahrungen der Vergangenheit die Lehren bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik in der jetzigen Situation restlos verwertet.**

Unser Verhältnis zur SPD.-Arbeiterschaft

Die Vorgänge in der Sozialdemokratischen Partei **sind der Ausdruck der Radikalisierung der Arbeiterschaft im reformistischen Lager.** Die Partei muß diesen Differenzierungsprozeß innerhalb der SPD. zugunsten der Revolution ausnutzen. Sie muß differenzieren einerseits zwischen den **rechtsreformistischen** und **linksreformistischen Führern** und andererseits zwischen den **linksreformistischen Führern** und den **oppositionellen Arbeitern.** Die Partei wird nicht in die Fehler von 1923 verfallen, sie wird und darf keine Illusionen über die Stellung der linksreformistischen Führer züchten, sondern den schärfsten Kampf gegen solche Illusionen führen, denn sie **hat die Lehren aus den Fehlern von 1923 gezogen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260427-14/fragment/page=0007

Wir dürfen nicht in den Unglauben einiger ultralinker Opponenten in unseren Reihen verfallen, die nicht begreifen und verstehen, daß sich jetzt große Massen sozialdemokratischer Arbeiter anschicken, die Lehren aus der verpfuschten Revolution und den nachfolgenden Niederlagen zu ziehen. Wir müssen diesen Erkenntnisprozeß der sozialdemokratischen Arbeiter beschleunigen helfen durch eine gute bolschewistische Politik, Propaganda und Agitation.

Dabei erhält die Arbeit unserer Betriebszellen besondere Bedeutung. Bei intensiver kommunistischer Arbeit in den Betrieben, Gewerkschaften, Genossenschaften und allen übrigen proletarischen Organisationen werden die sozialdemokratischen Arbeiter auch bereit sein, mit uns für alle Tagesfragen der Arbeiterklasse einen gemeinsamen Kampf zu führen. Mit Zähigkeit, Beharrlichkeit und intensiver kameradschaftlicher Ueberzeugung muß unsere Partei die SPD.-Arbeiterschaft politisch und organisatorisch beeinflussen und sie in die proletarische Klassenfront einreihen.

Das Volksbegehren war ein erster Versuch der richtigen Anwendung der Einheitsfronttaktik zur Gewinnung der entscheidenden Schichten des Proletariats. **Diese Linie gilt es verstärkt fortzusetzen.** Die Aufgaben des Volksentscheides müssen uns in eine engere Kampffront mit den sozialdemokratischen Arbeitern bringen, die sich darüber hinaus in allen die Arbeiterklasse berührenden Fragen fortsetzen muß. Wir müssen die Fähigkeit gewinnen, die offene Spaltung der SPD. in Sachsen unter Ausnutzung der Ereignisse in Sachsen noch auf unseren Bezirk zu übertragen.

Die bürgerlichen Parteien

Infolge Inflation, Aufwertungsschwindel sowie jetzt durch die Rationalisierung der Wirtschaft werden tausende bürgerlicher Existenzen vernichtet. Diese Tatsachen haben einen mächtigen Umschichtungsprozeß in den Reihen aller bürgerlichen Schichten erzwungen, so daß das Verhalten der bürgerlichen Parteien beim Volksbegehren eine große Mißstimmung bei den Anhängern und Mitläufern dieser Parteien hervorgerufen hat, die sich teilweise bis zur offenen Rebellion steigerte.

Diesen Zersetzungsprozeß muß unsere Partei ausnutzen, indem sie gegen die wirtschaftliche Bedrückung und Benachteiligung der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten durch das Großkapital und die bürgerlichen Regierungen ankämpft.

Auch diese Schichten müssen wir so durch eine kluge Politik dem Einfluß der bürgerlichen Parteien entziehen und in die gemeinsame Kampffront aller Werktätigen einreihen.

Reorganisation

Der Umbau der Partei auf Betriebszellen ist jetzt im Rohbau, d. h. in den Grundzügen, im Großen und Ganzen vollendet. Wir treten jetzt in das Stadium des Aufbaues und Ausbaues. Jeder Kommunist muß sich bei der Reorganisation der Partei darüber klar sein, **daß man ohne eine bolschewistische Organisation keine bolschewistische Politik und in erster Linie keine Einheitsfronttaktik treiben kann.** Da aber unsere Umstellung größtenteils mechanisch und ohne innere Verbindung mit den politischen Tageskämpfen der Partei erfolgt ist, ist jetzt eine sofortige politische gute Durchorganisierung aller Zellen notwendig. Ohne politische Arbeit der Zellen werden wir nicht imstande sein, den Einfluß und **Aktionsradius der Partei zu vergrößern** und die uns zuströmende Sympathie der Massen organisatorisch festzuhalten. **Unsere nächste Aufgabe muß es daher sein, den Umbau, Aufbau und Ausbau der Zellen zu beschleunigen,** so daß die Zellen die Politik der Partei und in inniger Verbindung mit den politischen Tageskämpfen die organisatorische Vollendung der Partei durchführen können.

Eine der nächsten und wichtigsten Aufgaben der Zellen ist es, durch die Zuführung neuer Mitglieder aus den Großbetrieben die **soziale Zusammensetzung der Partei zu verbessern.** Auf allen Gebieten muß die Tätigkeit unserer Zellen gesteigert werden, denn ohne eine intensive Betriebsarbeit keine

erfolgreiche Arbeit in den Gewerkschaften.

Die Gewerkschaftsarbeit ist nach den Beschlüssen der 6. Erweiterten Exekutive das Kettenglied der bewußten Organisierung der Revolution. Nur eine fest organisierte Arbeiterschaft ist imstande, unter Führung der Kommunistischen Partei die Offensive der Unternehmer zu brechen und die proletarische Diktatur zu errichten.

Die Aufgabe: 75 Prozent Gewerkschaftsarbeit, ist in unserem Bezirk in vielen Orten noch nicht genügend begriffen und nicht in der Praxis angewendet worden. Die ersten Voraussetzungen: eine planmäßige Fraktionsarbeit und restlose gewerkschaftliche Organisierung der eigenen Parteimitglieder, sind noch längst nicht überall geschaffen. (Zum Beispiel sind ganze Mitgliedschaften des RFB. gewerkschaftlich unorganisiert — ein Beweis für die mangelhafte Aufklärungsarbeit der Kommunisten im RFB.) **Die Betriebszellenarbeit, die Grundlage einer erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit,** ist noch nicht bewußt in dieser Linie praktisch angefaßt. Die unbedingt notwendige zähe Kleinarbeit in den Gewerkschaften, die **Uebernahme jeglicher Funktion in den Verbänden und der Funktion der Betriebsvertrauensleute** fehlt noch vielerorts.

Der Bezirksparteitag verpflichtet alle Ortsgruppen und Parteimitglieder, sofort mit der systematischen Gewerkschaftsarbeit einzusetzen unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Kein Parteimitglied, das nicht freigewerkschaftlich organisiert oder, wenn es aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, der zuständigen Fraktion eingereiht ist.

2. In jeder Ortsgruppe und in jedem Unterbezirk Bildung einer Gewerkschaftsabteilung, die die Kontrolle über alle Fraktionen ausübt und ihnen Richtlinien für die praktische Arbeit gibt.

3. In allen Betrieben Werbeausschüsse für die freien Gewerkschaften, Buchkontrolle und systematischer Kampf gegen die gelben Werkvereine.

4. Aktivisierung der Betriebsräte und engere Verbindung der Betriebsräte, d. h. Zusammenschluß innerhalb eines Konzerns.

5. Dort, wo eine größere Anzahl weiblicher Arbeitskräfte beschäftigt ist, systematische Agitation auch unter den Arbeiterinnen. Bekämpfung der Lohnspanne zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften, Kampf für Achtstundentag und freien Sonnabendnachmittag, sowie ausreichenden Arbeiterinnenschutz. Mehr Berücksichtigung der jugendlichen Arbeiter und planmäßige Arbeit in den Jugendsektionen der Gewerkschaften.

6. Ständige Kampagne für die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit, Umgestaltung der Verbände zu Industrieorganisationen. Engstes Kampfbündnis der verschiedenen Gewerkschaften.

7. Alle diese Kampagnen müssen zusammenlaufen in dem Ziele der Herausbildung eines starken linken Flügels in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, der an Stelle der von den ADGB.-Führern gepredigten Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsgemeinschaft die Umgestaltung der Gewerkschaften zu wirklichen Klassenkampforganisationen sich zur Aufgabe macht.

8. Die Kämpfe innerhalb der sächsischen SPD., wo die Gewerkschaftsbureaukratie sich auf die Seite der 23 Ausgeschlossenen stellt, sind zum Anlaß eines verstärkten Kampfes gegen die Gewerkschaftsbureaukratie zu nehmen mit der unmittelbaren Ziellosung: Absetzung der rechten Gewerkschaftsführer! Scharfer Kampf gegen die Bildung einer Gewerkschaftspartei!

9. Positionen in den Händen der Kommunisten, zum Beispiel in den Ortsausschüssen des ADGB., müssen ausgenutzt werden, um einzelne Verbände, in denen zurzeit wenig Leben herrscht (z. B. dem DLV.) zu unterstützen und sie emporzuhelfen. Es müssen mehr als bisher auf den verschiedensten Gebieten Arbeitspläne aufgestellt werden, die konkret die gesamte Mitgliedschaft in eine laufende, weiterführende Arbeit einspannen.

10. Die die Arbeitsbedingungen verschlechternden Schiedssprüche bzw. ergebnislos verlaufenen Verhandlungen in der Metall-, Bau- und chemischen Industrie sowie bei den Eisenbahnern und Bergareitern sind zur Grundlage einer intensiven Arbeit in diesen Gruppen zu nehmen, damit der Unternehmeroffensive endlich Einhalt geboten und die Arbeiterschaft in die Offensive übergehen kann. Die Fragen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Erwerbslosennot müssen in den Gewerkschaften in viel stärkerem Maße aufgerollt und eine enge Zusammenarbeit mit den Erwerbslosen-Ausschüssen hergestellt werden. Es muß — was in unserem Bezirk stark vernachlässigt worden ist — eine unermüdliche Kampagne geführt werden für einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß, der alle diese brennenden Fragen und im Zusammenhang damit die gesamte Kampfestaktik des ADGB. zur Debatte stellt.

Der Parteitag **verpflichtet** alle Ortsgruppenleiter und Gewerkschaftsabteilungen, daß eine bessere Verbindung mit der BL., das heißt eine regelmäßige Berichterstattung nicht nur allmonatlich, sondern bei allen wichtigen Vorkommnissen in den einzelnen Industrien und Verbänden Platz greift.

Nur wenn die Losung **„75 Prozent Gewerkschaftsarbeit“** von der gesamten Mitgliedschaft in die Praxis umgesetzt wird, bleibt die Aufgabe der Organisierung der Revolution keine Phrase, sondern wird sie wirklich erfüllt.

Die Fraktionsarbeit in allen übrigen Arbeiterorganisationen

Der Bezirksparteitag verpflichtet alle Genossen, die **in den Genossenschaften, Mietervereinigungen, Sport-** oder irgendwelchen proletarischen **Kulturorganisationen** sowie Mitglied im **RFB.** und **RFMB.** sind, zu intensiver Fraktionsarbeit. Genau wie für die freien Gewerkschaften müssen hier die Kommunisten in Fraktionssitzungen ihre Tätigkeit und ihr Auftreten festlegen und sich den Fraktionsbeschlüssen fügen. Es ist insbesondere darauf zu achten, daß die Genossen in den einzelnen Organisationen nicht untertauchen, sondern stets bewußt als Kommunisten mit dem Ziele der Gewinnung der Mitgliedschaften als bewußte Klassenkämpfer und der Organisierung der Revolution tätig sind.

Positionen in den Genossenschaften müssen unbedingt ausgenutzt werden, um, durch regelmäßige Mitgliederversammlungen, die hier erfaßten Indifferenten zu schulen und als aktive Kampfgenossen zu gewinnen.

Unsere Arbeit unter den Landarbeitern und Kleinbauern

Von außerordentlicher Wichtigkeit ist für den Bezirk eine ernste Beschäftigung sowohl mit der Bauernfrage, als auch mit der Landarbeiterbewegung. Der Bezirk setzt sich, trotzdem er eine industrielle Hochburg ist, zum überwiegenden Teil aus in der Landwirtschaft Beschäftigten oder auf dem Lande Wohnenden zusammen. **Das hat bisher weder in der Arbeit des Bezirkes noch in der Parteipresse den richtigen Ausdruck gefunden.**

Die Volksentscheidsbewegung ergab die Feststellung, daß gerade in Orten mit überwiegender Kleinbauernbevölkerung ein hohes Stimmenergebnis für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten erzielt worden ist. Es ist zu erwarten, daß die furchtbare Wirtschaftslage der Kleinbauern sie zu ähnlichen Aktionen treibt, wie die Winzer des Moselgebietes. Verschiedentlich ist festzustellen, daß der Landbund von sich aus Kundgebungen gegen die steuerliche Belastung der Landwirtschaft, verbunden mit nationalistischen Demonstrationen, inszeniert. Die Partei muß daher verstehen, die sich in Bewegung befindlichen Kleinbauernmassen von den nationalistischen Verbänden loszulösen, **indem sie eine aktive Bauernpolitik treibt und an allen Tagesfragen der Kleinbauern und Landarbeiter anzuknüpfen versteht.**

Auf den großen Gütern und Rittergütern des Bezirks stehen die Landarbeiter unter den fürchterlichsten Ausbeutungsverhältnissen. (Löhne, Arbeitszeit, Kinder- und Frauenarbeit, Wohnverhältnisse usw.) Der DLV., als freigewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter, hat im Kampfe gegen diese Zustände voll und ganz versagt, ja, sein Einfluß ist geradezu katastrophal zurückgegangen.

Das alles muß die Partei zwingen, **endlich an den Aufbau von Landkommissionen in den Unterbezirken, Ortsgruppen, Zellen und bei den Kreistagsfraktionen heranzugehen** und eine ernste Arbeit auf dem Lande zu leisten. Sowohl für die von der Partei aufgestellten Forderungen der Kleinbauern **(Gegen die Steuerpolitik der Luther-Regierung, Steuerfreiheit der werktätigen Kleinbauern, staatliche Kredite an den Kleinbauern, Belieferung mit Düngemitteln, Saatgut, Futtermitteln und Maschinen zu herabgesetzten Preisen, Ausbau von Einkaufs- und Absatzgenossensch staatliche Kredithilfe),** als auch für die Forderungen arbeiter **(höherer Lohn, Umwandlung des Deputats Achtstundentag, Beseitigung der Kinderarbeit, Verbot mäßigen Stellenvermittlung, Urlaub, Verbot des Hof Uebereignung der Gutswohnungen an Staat und Gemei Arbeitsbedingungen für Mann und Frau, für einheimi ländische Arbeiter, volles Versammlungs- und Verein** muß sich die Partei mit vollster Kraft einsetzen.

Ein festes Bündnis zwischen Industriearbeitern, La und Kleinbauern muß hergestellt werden. Die Partei Aufbau und die revolutionäre Umgestaltung des DLV nicht nur aufs energischste fördern, sondern sie muß führend vorangehen. Schärfster Kampf ist gegen den La führen. Es muß an die **Bildung selbständiger Kleinbau** herangegangen werden. Festes Bündnis zwischen Stadt **durch Uebernahme von Dorfpatenschaften durch die Betr und Gewerkschaften.**

Das sind die Voraussetzungen, die geschaffen werden um den **Kampf gegen die Luther-Regierung und für eine und Bauern-Regierung** erfolgreich führen zu können und rungen der Landarbeiter und Kleinbauern durchzusetzen.

Unsere Presse

Mehr Aufmerksamkeit wie bisher müssen unsere Ge Werbung neuer Leser für den **„Klassenkampf“** widmen. sonderen Eigenschaften eines jeden Ortes müssen unsere Rechnung tragen und eine dementsprechende Propaganda sere Presse entfalten. **Die Zeitung** ist nach Lenin „Der **Organisator“.** Darum darf die Pressepropaganda weiter so wie bisher vernachlässigt werden. Die Stagn serer Presse ist ein getreues Spiegelbild der Stagnation gliederstand unserer Partei.

Neues vom Tage

Wieder ein Eisenbahnunglück

München, 23. April. Wie die Reichsbahndirekti teilt, **entgleiste** Freitag vormittag der beschleunigte Perso von Aschaffenburg nach Würzburg bei der Aus dem Bahnhof Gemünden. Nach den Erhebungen ist ein wagen entgleist. Dadurch wurde der Zug abgerissen und sonenwagen umgestürzt. **Bei dem Unfall wurde eine Per und elf Personen leicht verletzt.**

Massenproduktion von Traktoren

Die Traktorenproduktion in Südrußland hat neue Er verzeichnen. 200 Traktoren die jetzt hergestellt wurden um 50 Prozent billiger verkauft werden als die aus Waren. In der Fabrik „Oktober“, wo vor dem Kriege im Werte von 2 Millionen Rubel hergestellt wurden, ersten Hälfte des laufenden Wirtschaftsjahres landwi Maschinen im Werte von 3 Millionen Rubeln produzier Trotzdem in der größten südrussischen Fabrik täglich 100 hergestellt werden, ist die Produktion angesichts des Wa ungenügend, so daß große Auslandsbestellungen nach wi nötig erweisen.

Errichtung einer Schule in dem entlegensten der UdSSR.

In einer der verlassensten Gegenden des Gebietes dem Dorfe Karm, ist die erste Volksschule eröffnet wor Dorf ist zwischen Sümpfen und Wäldern gelegen, von dem zentrum über 70 Kilometer entfernt und besaß bisher Schule. Das Dorf ist fast vollständig von seiner Umwelt sen. Nur im Dezember, Januar und in der ersten Hälfte bruar besteht eine Verbindung mit dem Zentrum. In den Teile des Jahres kann es nur auf einem Umweg von metern erreicht werden. Die Bevölkerung des Gebietes be Wogulen. Mit Ausnahme des Vorsitzenden des Dorfrates Sekretärs sind alle Analphabeten. Die Bevölkerung nährt Brot, Wasser und Fischen. Im ganzen Dorfe sind selbst fachsten Gegenstände des häuslichen Bedarfes, wie Schere, Zwirn usw. schwer zu finden. In dem Dorfe gibt es kein Buch. Zeitungen kommen zuweilen dorthin, aber mit ein spätung von mindestens zwei bis drei Monaten. Erst i Jahre wurde eine Lehrerin gefunden, die sich bereit erklä Karm zu reisen.

Ein mohammedanischer Weltkongreß im Hedschasgebiet

Der König von Hedschas hat an die ganze Welt eine Einladung zur Teilnahme an dem mohamme Kongreß ergehen lassen, der im Hedschasgebiet abgehalten soll. Das Zentralkomitee des Kalifats, das der Mohammedaner Indiens, beschloß, die Einladung nehmen. In bezug auf die religiösen Kämpfe und ziehungen zwischen Mohammedanern und Hindus schlug fatskomitee vor, mit den Führern der Hindus Beratungen halten und, sollte eine freundschaftliche Lösung sich nicht lassen, ein Programm zur Verteidigung der Mohammedaner zuarbeiten.

Der größenwahnsinnige Mussolini!

Mussolini hat wegen eines Zeitungsartikels des sozi Organs „Danziger Volksstimme“, in welchem der nische Ministerpräsident scharf kritisiert wurde, diplomatische unternehmen lassen. Der italienische Generalkonsul hat Fall, daß in der Haltung des Blattes keine Aenderung weitere, für Danzig nachteilige Konsequenzen angedroht. Schritt hat in Danzig peinliches Aufsehen erregt. In der wird mit Entschiedenheit gegen den Versuch einer Vergew der Preßfreiheit Protest eingelegt.

Was ist Truw-Brot?

Es muß einmal endgültig klargelegt werden: Truw-Brot enthält nicht etwa **ein Arzneimittel,** das gegen irgend eine bestim Krankheit helfen soll, sondern natürliche, radioaktive (Radium) Nährsalze. Dadurch ist das Brot besser aufgeschlossen, wird bes normaler verdaut und die im Truw-Brot enthaltenen Radium-Niederschläge beeinflussen den gesamten menschlichen Organis insbesondere den Stoffwechsel in der günstigsten Weise! (Von der Wirkung der radioaktiven Heilquellen haben Sie sicher schon gehö Deshalb ist Truw-Brot

Das Gesundheitsbrot!

Wir stellen unser **gesamtes Gebäck** mit dem Zusatz radioaktiver Nährsalze her

Man kann also **ohne Mehrkosten** sein allgemeines Wohlbefinden heben, wenn man regelmäßig

Truw-Brot,
Truw-Roggenvollkornbrot,
Truw-Brötchen,
Truw-Zwieback (Scheffel-Zwieback) ißt

Wissenschaftliche Begründungen würden weit führen. Erfahrung aber lehrt

Wer Truw-Gebäck regelmäßig ißt, bestätigt, was wir so oft hö „Seitdem ich Truw-Brot esse, geht es mir täglich be und besser!“

(Truw-Brot trägt die bekannte blaue Marke. Es ist bei Ihrem Lebens händler erhältlich. Wenn nicht, dann senden es Ihnen die **Scheffelwer** (Telephon 6584) frei ins Haus

Scheffelwerke

Es wird ohne Preisaufschlag verkauft!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260427-14/fragment/page=0008